

MITGLIEDERZEITSCHRIFT DER PARTEI DIE LINKE  
APRIL 2018 2 EURO



Foto: Michael Breyer

## Pflegekampagne

DIE LINKE fordert 140.000  
zusätzliche Pflegekräfte. 6

## Auszeichnung

Die Gießener Gynäkologin  
Kristina Hänel und die Frauen  
des yezidischen Projekts  
TAJÉ sind mit dem Clara-  
Zetkin-Preis 2018 ausgezeich-  
net worden. 12

## Abrüsten

Die Bundeswehr soll noch  
mehr Mittel bekommen. Da-  
bei hat sie nicht zu wenig  
Geld, sondern ein massives  
Führungs- und Verschwen-  
dungsproblem. 18

## INHALT



**D**ie Basis der SPD hat für die Neuauflage der Großen Koalition gestimmt. Das »Weiter-so!« nach Merkel-Art ist nun garantiert. Nur ein Beispiel: Obwohl Reformen im Gesundheitswesen absolut notwendig sind, wollen Union und SPD nur 8.000 neue Stellen in der Pflege schaffen. Aber Kliniken und Alteneinrichtungen brauchen

dringend 140.000 weitere Pflegerinnen und Pfleger. Die verbleibende große Lücke muss dringend gefüllt werden, indem nicht an den Symptomen geschraubt, sondern die Attraktivität des Berufs erhöht wird. Der Parteivorstand hat im Februar daher beschlossen, eine Kampagne zum Stopp des Pflegenotstandes beschlossen. Mehr dazu ab Seite 6. In diesem Jahr hat DIE LINKE den Clara-Zetkin-Preis an die Kämpferinnen von TAJÊ, den yezidischen Frauenräten, verliehen. Sie machen sich für die Überwindung patriarchaler Strukturen in der yezidischen Gesellschaft stark. Auch die Ärztin Kristina Hänel wurde ausgezeichnet. Sie wurde im November 2017 zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie auf ihrer Website Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen veröffentlicht hat. Mehr über die Preisverleihung auf Seite 10.

Während sich die TAJÊ-Frauenräte für Frieden engagieren, beschloss die Bundesregierung, den Etat der Bundeswehr zu erhöhen. Noch mehr Geld soll in die Rüstung fließen. Dabei brauchen wir Abrüstung, fordert Matthias Höhn auf Seite 16. Das Geld wird an anderen Stellen viel dringender gebraucht – zum Beispiel in der Pflege.

Thomas Lohmeier ist Leiter des Bereichs Medien, Öffentlichkeitsarbeit, Bürgerdialog in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN in Berlin

**DISPUT 04/2018**

**VOR-GELESEN VON  
THOMAS LOHMEIER**

### PARTEI IN BEWEGUNG

Zwei Regionalforen haben stattgefunden, vier folgen **4**

### PFLEGENOTSTAND

Warum der Pflegeaufstand kommen muss **6**

Für das Gesundheitswesen ist die Große Koalition fatal **8**

### CLARA-ZETKIN-PREIS

Frauenengagement, das ein klares Zeichen setzt **10**

### WAS UND WIE

MieterInnenproteste in Berlin-Neukölln **12**

### STADTPOLITIK

Die Revitalisierung alter Gemeinden **14**

### BUNDESWEHR

Hohe Kosten, viel Verschwendung **16**



### ANDERS ARBEITEN

Interview mit der Soziologin Nicole Mayer-Ahuja **18**

### BAYERN

DIE LINKE beim politischen Aschermittwoch **20**

### KONFERENZ

Der Epochenbruch **21**

### EUROPA

Wie die EU erneuerbare Energien bremst **22**

### BERLINALE

Filme spiegeln linke Debatten **26**

### VOR 50 JAHREN

Der Mord an Martin Luther King **28**

Foto: DIE LINKE

**IMPRESSUM** DISPUT ist die Mitgliederzeitschrift der Partei DIE LINKE, herausgegeben vom Parteivorstand, und erscheint einmal monatlich über Neue Zeitungsverwaltung GmbH, Weydingerstraße 14–16, 10178 Berlin **REDAKTION** Anja Krüger, Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin, Telefon: 030 24009510, disput@die-linke.de **GRAFIK UND LAYOUT** Thomas Herbell **DRUCK** EVERSFRANK BERLIN GmbH | Ballinstraße 15 | Postfach 470355 | 12359 Berlin **ABOSERVICE** Neues Deutschland, Druckerei und Verlag GmbH, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Telefon: (030) 29 78 18 00 **ISSN** 0948-2407 **REDAKTIONSSCHLUSS HEFT 3:** 9. März 2018. DISPUT 5/2018 erscheint am 19. April.

# Petra, was ist für dich gute Arbeit?



Foto: Rolf van Raden

Gute Arbeit bedeutet vor allem Anerkennung für die Leistung, die man erbringt. In Form eines Lohns, von dem man wirklich leben kann, und zwar nicht nur am Existenzminimum. Dass man auch mal in Urlaub fahren oder Essen oder ins Kino gehen kann. Dazu gehört, dass sich die Kolleginnen und Kollegen gut verstehen und der Chef oder die Chefin Verständnis hat – dass der Umgangston stimmt. **Was ist für dich links?** Wenn das Interesse der arbeitenden Bevölkerung gewahrt wird und die arbeitenden Menschen ernst genommen werden. Die politischen Entscheidungen müssen im Interesse der Lohnabhängigen getroffen werden. **Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?** Dass Martin Schulz nicht Außenminister wird. Dass er so unter Druck gesetzt worden ist. **Was regt dich auf?** Mich regt auf, dass du in unserem Land nicht krank werden darfst, wenn du wenig verdienst. Ich habe eine Kollegin, sie hat Brustkrebs und bekommt ein Krankengeld von 860 Euro im Monat. Sie muss erst einmal 226 Euro Eigenbeteiligung für die Fahrt zur Bestrahlung zahlen, bevor die Krankenkasse sie von der Zuzahlung befreit. Weil sie sich das nicht leisten kann, muss sie mit der Straßenbahn fahren. Die soziale Kälte und Ungerechtigkeit in diesem Land regen mich auf. Dass wenige Milliarden haben und Millionen nichts. **Wovon träumst du?** Dass sich die politische Situation so ändert, dass nicht mehr hunderttausende Menschen auf der Straße schlafen müssen und es keine Armut mehr gibt. Dann gibt es auch weniger Verbrechen. Ganz wichtig: Ich träume davon, dass es Frieden auf der Welt gibt. **Wann fühlst du dich gut?** Wenn die Sonne scheint und ich mit ganz lieben Menschen zusammen bin. Und wenn ich politisch und sozial etwas erreicht habe. **Wovor hast du Angst?** Vor dem Dritten Weltkrieg. **Wie lautet dein Lebensmotto?** Immer wieder aufstehen, immer wieder weitermachen.

Petra Vogel, Jahrgang 1957, ist Gebäudereinigerin in Bochum. Sie ist mit ganzem Herzen Gewerkschafterin und aktiv in der IG Bauen-Agrar-Umwelt und ehrenamtliche RichterIn am Arbeitsgericht.

**DISPUT** fragt jeden Monat ein Mitglied unserer Partei nach dem vollen Ernst im richtigen Leben.

# Regionalforen

Die Diskussion über die strategische Ausrichtung der LINKEN in den kommenden Jahren hat begonnen

Die neue alte Große Koalition wird fortgesetzt. DIE LINKE wird eine starke soziale Opposition sein. Was sind die Aufgaben, die Themen, die Kampagnen, die wir uns jetzt vornehmen? DIE LINKE hat Stimmen bei der Bundes-

tagswahl hinzugewonnen und viele neue, vor allem junge Mitglieder sind eingetreten. Seit der Bundestagswahl werden einige Fragen in der Partei engagiert diskutiert: Wo haben wir hinzugewonnen, wo verloren und wie werden wir mehr? Was können wir tun, um dem gesellschaftlichen Rechtsruck entgegen zu wirken und wie können wir unsere Vorstellungen von einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft konkretisieren? Welche gesellschaftlichen Gruppen, Klassen, welche Klientel sprechen wir an? Und was bedeutet das für die LINKE Arbeit vor Ort?



Auf den ersten Regionalforen in München und Mannheim haben Genossinnen und Genossen diese Fragen bereits mit großer Leidenschaft diskutiert. Mit dabei waren Mitglieder des Parteivorstands und die Parteivorsitzenden. Sie werden auch an den kommenden Regionalforen teilnehmen. ◀

## Programm

Sonnabend, 17. März 2018

### Hannover

Chéz Heinz, Liepmannstraße 7B  
30453 Hannover

Sonntag, 18. März 2018

### Erfurt

Stadtgarten Erfurt  
Dalbergsweg 2a, 99084 Erfurt

Sonntag, 22. April 2018

### Essen

ChorForum Essen  
Fischerstraße 2-4, 45128 Essen

Sonnabend, 28. April 2018

### Berlin

Sharehaus Refugio  
Lenastraße 3-4, 12047 Berlin

#### Programm der Foren

- 11.00 bis 13.30 Uhr: Austausch zur politischen Lage und Herausforderungen der LINKEN (Input, Diskussion im Plenum und in Arbeitsgruppen)
- 14.00 bis 15.30 Uhr: *Wen wollen wir ansprechen und wie? Zur Frage von Klassen und linken Milieus*
- 15.45 bis 17.00 Uhr: *Partei in Bewegung – Welche LINKE wollen wir? Wie soll die Partei aussehen, in der wir gern mitmachen? Wie wollen wir Politik machen?*  
Für Getränke und Snacks ist gesorgt. Es gibt auf allen Regionalforen eine Kinderbetreuung.



Mehr als 150 Genossinnen und Genossen sind nach München gekommen, um über Zukunftsfragen zu diskutieren. Darunter viele neue Mitglieder Foto: Lars Peters

**K**napp ein halbes Jahr nach der Bundestagswahl sind die Würfel nun gefallen: Deutschland bekommt – wieder einmal – eine Große Koalition. Die Begeisterung dafür hält sich in Grenzen. Weder strahlen SPD, CDU und CSU besondere Zuversicht aus, noch hat die »GroKo« in der Bevölkerung viele Fans, nur jede und jeder Zweite findet sie eine gute Idee. Die SPD hat bei den Bundestagswahlen das schlechteste Ergebnis in ihrer Geschichte eingefahren. Vor dem Mitgliederentscheid stürzte die Partei weiter ab. Zeit, die Notbremse zu ziehen und eingefahrene Pfade zu verlassen – möchte man meinen. Doch weder inhaltlich noch personell wagt sich die SPD zurück zu ihren Wurzeln. Im Gegenteil: Sie sitzt ein weiteres Mal als Juniorpartnerin mit Bundeskanzlerin Angela Merkel auf der Regierungsbank, dieses Mal mit dabei ist auch der selbsternannte Heimatschutzminister Horst Seehofer. Mit Olaf Scholz wird ein Vertreter der »Schwarzen Null« künftig das Finanzministerium leiten. Dabei sollte der Blick in die europäischen Nachbarländer Warnung genug sein. In Österreich führte die jahrzehntelange Politik der großen Koalitionen zu einem Bündnis der »Liste Kurz« mit der rechtspopulistischen FPÖ. Die französische Sozialdemokratie hat bei den Parlamentswahlen im vergangenen Juni 5,2 Prozent erhalten. Und die italienischen Sozialdemokraten haben bei den Parlamentswahlen Anfang März eine schwere Niederlage erlitten und erreichten nicht einmal 20 Prozent der Stimmen. Solange die Sozialdemokratie keine glaubwürdige Alternative zum Neoliberalismus vertritt, droht ihr ein weiterer Niedergang bei gleichzeitigem Erstarken rechtspopulistischer Parteien. Der Koalitionsvertrag umfasst 177 Seiten – und doch findet sich darin nicht das, was es bräuchte, um die brennenden Probleme in unserer Gesellschaft zu lösen. Dieser Koalitions-



HARALD WOLF

**Die GroKo ist da – alles weiter wie gehabt?**

onsvertrag wird nichts daran ändern, dass Millionen Menschen in den kommenden Jahren in Altersarmut leben, weil ihre Löhne zu niedrig sind. Immer mehr Menschen finden keinen festen Job und hangeln sich durchs Leben. Während das Hartz-Regime unangetastet bleibt, stehen 1,5 Millionen Menschen täglich bei den Tafeln in der Schlange, um ein paar Lebensmittel zu bekommen. Die Autoindustrie diktiert den Regierungsparteien ihre Wünsche ins Heft, während die Feinstaubbelastung unseren Kindern die Lungen verpestet. 1,4 Millionen Pflegerinnen und Pfleger leisten schlecht bezahlte Schwerstarbeit, statt der 100.000 fehlenden Pflegekräfte verspricht die Groko lediglich 8.000 zusätzliche. Wir finden: Es ist Zeit für eine Soziale Offensive für alle. Dem politischen Stillstand der Groko wollen wir einen gesellschaftlichen Aufbruch entgegenzusetzen. Für Krankenhäuser, die Patientinnen und Patienten nicht noch kränker machen, für mehr Personal gegen den Pflegenotstand. Für Wohnungen, in denen wir leben wollen und können. Für einen sozial-ökologischen

Umbau der Wirtschaft und der öffentlichen Infrastruktur. Für ein Verbot der Lieferung von Waffen in alle Welt. Für die Wiederherstellung des Asylrechts und eine solidarische Einwanderungsgesellschaft.

Wir wollen gemeinsam mehr werden. DIE LINKE als Partei in Bewegung: Wir wollen mit Euch und engagierten Pflegekräften und Flüchtlingshilfsorganisationen, mit Mieterinitiativen und Gewerkschaftsmitgliedern, mit Klima-Aktivisten und Frauenrechtlerinnen, linken Sozialdemokraten und Grünen für eine gerechte Gesellschaft kämpfen und Druck von unten entwickeln. Deshalb schlagen wir Ratschläge vor, wo wir mit anderen beraten, wie wir gemeinsam aktiv werden können. Wir arbeiten mit Hochdruck an zwei neuen Kampagnen für bezahlbares Wohnen und gute Pflege.

Alle Menschen, die nicht wollen, dass es weiter läuft wie bisher, sind von heute an gefragt: Jede und jeder kann etwas tun, da, wo er oder sie ist – ob man in der Partei aktiv ist oder vor Ort mit ein paar Freunden etwas für die Umwelt tun will, sich gegen Rassismus engagiert oder für Frauenrechte kämpft – es geht darum, jetzt etwas in Bewegung zu setzen.

Diese Große Koalition hat jetzt schon verloren, weil sie Millionen von Menschen im Stich lässt. Als LINKE finden wir uns damit nicht ab.

Harald Wolf ist kommissarischer Bundesgeschäftsführer der LINKEN.

Fotos: Erich Wehnert, DIE LINKE



# Neustart erforderlich

Die Große Koalition wird an den desolaten Bedingungen für hilfsbedürftige SeniorInnen und Beschäftigte nichts ändern. Es braucht einen echten Pflegeaufstand **VON PIA ZIMMERMANN**

**O**ft wird gesagt, dass wir Linke immer so lange suchen, bis wir etwas kritisieren können. Doch ganz ehrlich: Ich würde in der Pflegepolitik sehr gern etwas finden, was gut gelungen ist. Der Koalitionsvertrag von Union und SPD ist es aber leider wieder nicht, obwohl dort viel und Vielversprechendes steht. Zum

Beispiel: »Wir werden die Arbeitsbedingungen und die Bezahlung in der Pflege spürbar verbessern.« Das klingt gut. Das fordern wir und viele Pflegekennner schon lange. Wir haben allerdings auch klar gesagt, was das heißen soll. Nämlich ein Mindestgehalt von 3000 Euro brutto für Fachkräfte in der Altenpflege und ein Pflege-

mindestlohn für Pflegehilfskräfte von 14,50 Euro in der Stunde, ohne Unterschiede in Ost und West. Das finden wir angemessen. Was die Koalitionäre angemessen finden, steht leider nicht im Koalitionsvertrag.

Die im Vertragsentwurf einzig konkret genannte Zahl sind 8.000 zusätzlich geplante Fachkraftstellen für die



Auch bei den Aktionen der LINKEN zum Internationalen Frauentag 2018 spielte die Lage der Beschäftigten und PatientInnen in der Pflege eine große Rolle. Im Vorfeld der Pflegekampagne 2018 fanden bundesweit rund 500 Aktionen und Veranstaltungen zum 8. März statt. DIE LINKE fordert 100.000 zusätzliche Pflegekräfte für die Krankenhäuser und 40.000 zusätzliche Pflegekräfte für die Altenpflege.

Foto: Michael Breyer



## Würden Sie einen Pflegeberuf ergreifen?

Bei einer Online-Erhebung unter Pflegekräften aus Allgemeinkrankenhäusern gaben neun von zehn Befragten an, dass sie glauben, unter den gegebenen Arbeitsbedingungen würden immer weniger Menschen einen Beruf in der Krankenpflege ergreifen. Ein Teufelskreis: Der bestehende Personalmangel führt zu schlechteren Arbeitsbedingungen. Die führen dazu, dass immer weniger Menschen einen Pflegeberuf ergreifen. Der Personalnotstand verschärft sich auf Dauer selbst.

medizinische Behandlungspflege in Pflegeeinrichtungen. Bleibt nur die Frage, welche tatsächliche Unterstützung diese zusätzlichen Fachkraftstellen leisten können, denn umgerechnet auf die Anzahl der Einrichtungen bleiben nur 0,6 Stellen pro Einrichtung. Und woher sollen eigentlich diese zusätzlichen Kräfte kommen, wenn völlig unklar bleibt, wie sich Bezahlung und Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte sofort verbessern sollen? Es verwundert nicht, dass eine Stelle in der Altenpflege derzeit durchschnittlich 171 Tage unbesetzt bleibt.

Die medizinische Behandlungspflege in Pflegeheimen wird nicht von den Krankenkassen finanziert, sondern auf die Pflegesätze umgelegt. Da sparen die Krankenkassen zwar ordentlich – doch die Pflege wird teurer. Weil die Pflegeversicherung nur einen Teil der Kosten übernimmt, müssen sich die Menschen mit Pflegebedarf an den Kosten beteiligen. Wenn die 8.000 neuen Fachpflegekräfte in den Pflegeheimen nun von den Krankenkassen finanziert werden, ist das also zu begrüßen.

## Fehler im System

Eine wirksame Entlastung ist das jedoch nicht. Denn die Zuzahlungen zu Pflegeheimplätzen sind schon seit Jahren enorm hoch – und steigen im Moment in vielen Einrichtungen drastisch an. Von einem Monat zum anderen wird derzeit in vielen Pflegeeinrichtungen in Brandenburg,

Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt derselbe Heimplatz plötzlich 500 bis 700 Euro teurer, ohne dass sich die Leistung verbessert. Begründet wird dies oft mit höherer tariflicher Bezahlung der Pflegekräfte.

In Wahrheit jedoch liegt der Fehler im System. Weil die Pflegeversiche-

rung so ausgestaltet ist, dass alle Kostensteigerungen direkt auf die Menschen mit Pflegebedarf umgelegt werden können.

Der Pflegenotstand in Deutschland hat viele Gesichter. Die meist sehr alten Menschen mit Pflegebedarf leiden unter dem Zeitdruck ihrer Pflegerinnen und Pfleger und der hohen Fluktuation in den Pflegeberufen. Oft schämen sie sich, ihre Angehörigen zu belasten. Die Angehörigen wiederum müssen trotz aller Unterstützungsangebote meist allein entscheiden, ob sie sich selbst um Eltern oder Partner kümmern oder ob sie eine professionelle Versorgung organisieren. Die Pflegekräfte betrifft der Notstand ganz konkret. Sie müssen die Arbeit für die Kolleginnen und Kollegen, die fehlen oder krank sind, mit übernehmen. Und das tun sie auch. Weil es sonst niemand macht.

Dass es so nicht weitergehen kann, wissen alle. Aber der Schalter wird auch im Koalitionsvertrag nicht in Richtung menschenwürdige Pflege umgelegt. Ungeachtet aller Vorschläge von Pflegeexperten.

Ich wünsche mir als Reaktion auf diese Zumutung im Koalitionsvertrag einen echten Pflegeaufstand der Pflegekräfte und der Familien mit Pflegebedarf. Es gibt viele Wege, sich zu wehren und ich möchte das gerne unterstützen. Es muss laut werden – nicht für kleine Verbesserungen, sondern einen solidarischen Neustart. ◀

Pia Zimmermann ist pflegepolitische Sprecherin der Linksfraction im Bundestag

## Die Pflegekampagne

**DIE LINKE macht Druck für gute Pflege – denn BewohnerInnen von Einrichtungen, PatientInnen in Kliniken und die Beschäftigten brauchen bessere Bedingungen.**

**Mit unserer Pflegekampagne kämpfen wir für:**

- eine bedarfsgerechte gesetzliche Personalbemessung in Kliniken;
  - 100.000 zusätzliche Pflegekräfte in Kliniken, 40.000 zusätzliche Pflegekräfte für eine menschenwürdige Altenpflege;
  - die Anhebung des Pflege Mindestlohns auf 14 Euro.
- Bei der Kreisvorsitzenden- und Aktionskonferenz am 14./15. April 2018 in Heidelberg wird die Kampagnenplanung vorgestellt. Der Auftakt ist ab dem 12. Mai 2018.

*Interessierte können sich jetzt schon in den Kampagnenverteiler aufnehmen lassen unter: [linksaktiv@die-linke.de](mailto:linksaktiv@die-linke.de)*

# Kein frischer Wind

Der Koalitionsvertrag von Union und SPD atmet die Abluft des kleinsten gemeinsamen Nenners. Gerade für das Gesundheitswesen ist das fatal **VON HARALD WEINBERG**



Die Herausforderungen in der Gesundheits- und Pflegepolitik sind groß. Gerade deshalb sind die Koalitionsvereinbarungen in diesem Bereich eine herbe Enttäuschung. Ein sozialer Aufbruch wäre dringend notwendig, um Pflege-notstand, Zwei-Klassen-Medizin und Kommerzialisierung im Gesundheitswesen zu überwinden. Statt frischem Wind atmen aber fast alle Vereinbarungen und Formulierungen die Abluft des kleinsten gemeinsamen Nenners. Nur dort, wo durch gewerkschaftliche Auseinandersetzungen oder öffentliche Skandale politischer Druck entstanden ist, reagieren Union und SPD etwas beherzter.

In der Krankenversicherung bleiben Zwei-Klassen-Medizin und wirtschaftlicher Wettbewerb erhalten. Von den vollmundigen Ankündigungen der SPD zur Bürgerversicherung ist praktisch nichts übrig geblieben. Einmal mehr ist die SPD hier als Tiger gesprungen und als Bettvorleger der Union gelandet. Eine gerechte und solidarische Finanzierung des Gesund-

heitssystems ist nur gegen CDU/CSU, und nicht mit ihnen möglich.

Die Rückkehr zur paritätischen Finanzierung der Krankenversicherung ist ein guter und dringend notwendiger Schritt. Aber selbst hier konnte sich die SPD nicht konsequent durchsetzen. Die Zusatzbeiträge sollen bestehen bleiben, jetzt aber nicht mehr allein von den Versicherten, sondern paritätisch bezahlt werden. Viel sinnvoller wäre es, die Zusatzbeiträge abzuschaffen und damit den schädlichen Wettbewerb zwischen den Krankenkassen zu entschärfen. Letztlich werden natürlich auch nicht alle Kosten paritätisch getragen, denn die unsozialen Zuzahlungen bleiben bestehen.

Im Pflegebereich zeigt sich die Große Koalition selbstgefällig zufrieden mit ihren Reformen der letzten Jahre. Damit erklärt sie einen wirklichen Kurswechsel für überflüssig und nimmt weder den Pflegenotstand noch das Recht auf menschenwürdige Pflege ernst. Entsprechend verharren die Maßnahmen in Einzelschrit-

ten oder im Diffusen. Dies durchzieht viele Bereiche der Pflege: 8.000 zusätzliche medizinische Fachkräfte in Pflegeeinrichtungen sind nicht mal eine Vollzeitstelle je Einrichtung bei 13.000 Pflegeheimen bundesweit. Eine verbindliche Personalbemessung wird weiter auf die lange Bank geschoben. Doch die Arbeits- und Versorgungsbedingungen müssen sich sofort verbessern.

Ein Bekenntnis zu allgemeinverbindlicher tariflicher Bezahlung fehlt. Zwar soll der Pflegemindestlohn im Osten endlich auf das Westniveau angehoben werden, doch über eine generelle, wertschätzende Anhebung im Bundesgebiet – kein Wort.

Damit die Erhöhung der (Mindest-)Einkommen nicht von den Menschen mit Pflegebedarf gezahlt werden müssen, bräuchte es ein klares Bekenntnis zur Deckelung der Zuzahlungen. Aber auch hier: Fehlanzeige. Dabei sind die Zuzahlungen zu Pflegeheimplätzen schon seit Jahren enorm hoch, und steigen aktuell in vielen Einrichtungen drastisch an.





## Wirtschaftlicher Druck führt zu Einschränkungen in der Patientenversorgung



freulich, dass das System der Fallpauschalen zur Finanzierung der Krankenhäuser ein Holzweg ist. Die Ankündigung, die Personalkosten für Pflegekräfte jenseits der Fallpauschalen zu finanzieren, ist ein richtiger Schritt und muss auf alle Berufsgruppen im Krankenhaus ausgeweitet werden. Aber festzuhalten bleibt: Der Einstieg in den Ausstieg aus dem Irrsinn der Fallpauschalen ist geplant. Diese Entwicklung ist einzig und allein den Kämpfen und Streiks der Pflegekräfte zu verdanken. Der Druck muss weiter hochgehalten werden, wenn sich tatsächlich am Pflegenotstand in den Krankenhäusern etwas ändern soll.

Fazit: Im Koalitionsvertrag findet sich viel Schatten, wenig Licht, und daraus ergibt sich die Notwendigkeit, weiter zu kämpfen. Weitere lichte Momente der Vereinbarung sind überschaubar: Vielversprechend lesen sich die Vereinbarungen zur Notfallversorgung und der Plan, die sektorenübergreifende Versorgung auszubauen. Wir begrüßen ausdrücklich das geplante Verbot des Versandhandels mit rezeptpflichtigen Arzneimitteln. Die Abschaffung von Schulgeld für die Ausbildung in Gesundheitsfachberufen ist längst überfällig. Bei alledem bleibt aber abzuwarten, wie viel von diesen Absichtserklärungen tatsächlich umgesetzt wird.

Vergeblich sucht man im Koalitionsvertrag auch nach Initiativen für mehr gesundheitliche Chancengleichheit und gegen die unterschiedliche Lebenserwartung von Arm und Reich. Es gibt auch keine Ideen, wie mit den explodierenden Preisen bei neuen Arzneimitteln umgegangen oder die flächendeckende Hebammenversorgung gesichert werden soll. Um diesen Zielen näher zu kommen, müsste wirtschaftlichem Wettbewerb, Kommerzialisierung und Profitmacherei in Gesundheit und Pflege konsequent der Kampf gesagt werden. Doch die Koalitionäre orientieren sich kaum am Allgemein-

wohl, sondern an den Interessen von Gutverdienern und Großkonzernen. Konsequenterweise beinhaltet die Vereinbarung daher auch keine Initiativen gegen Korruption oder zum Schutz von Whistleblowern im Gesundheitssystem.

Die Auswahl des neuen Gesundheitsministers unterstreicht die gesamte Orientierung noch einmal. Der zukünftige Gesundheitsminister Jens Spahn ist nicht nur als marktradikaler Hardliner, sondern auch als Pharmalobbyist bekannt. Alle Verbesserungen – auch die kleinsten – werden also nicht von ihm, sondern gegen ihn durchgesetzt werden müssen.

Aus all diesen Gründen wird DIE LINKE in den nächsten Jahren für eine soziale Offensive in der Gesundheits- und Pflegepolitik streiten und die Stimme der sozialen Opposition sein. Wir werden weiterhin dazu beitragen, dass Pflegekräfte und Pflegebedürftige aus dem Pflegenotstand einen Pflegeaufstand machen.

Harald Weinberg ist gesundheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag

Bereits im vergangenen November hat die Linksfraktion den Kampf gegen den Pflegenotstand im Bundestag mit zwei Anträgen wieder auf die Tagesordnung gesetzt: »Wahlkampfversprechen erfüllen – Verbindliche Personalbemessung in den Krankenhäusern durchsetzen« (Drucksache 19/30) und »Sofortprogramm gegen den Pflegenotstand in der Altenpflege« (Drucksache 19/79). Die öffentliche Anhörung zu diesen Anträgen wurde zuerst von Union und SPD blockiert und findet jetzt am 18. April statt.

Überhaupt sind alle Finanzierungsfragen unklar. Die Pflegeversicherung bleibt eine Teilleistungsversicherung mit steigenden Eigenanteilen der Betroffenen. Pflegevollversicherung und solidarische Pflegeversicherung bleiben ausgeblendet.

## Bewegung in Krankenhäusern

Ein im Kern positives Vorhaben sticht heraus: Eine gesetzliche Personalbemessung (»Personaluntergrenze«) soll für alle bettenführenden Bereiche der Krankenhäuser festgelegt werden. Das ist ein längst überfälliger Schritt, für den wir uns seit vielen Jahren einsetzen. Allerdings sind mit der Erarbeitung die Deutsche Krankenhausgesellschaft und der Spitzenverband der Krankenkassen beauftragt. Damit wird der Bock zum Gärtner gemacht, denn beide Verbände lehnen solche Personalvorgaben ab.

In diesem Zusammenhang ist das Eingeständnis der Koalitionäre er-

# Der Kampf geht weiter

DIE LINKE ehrt die Gießener Ärztin Kristina Hänel und die yezidischen Frauenräte TAJÊ mit dem Clara-Zetkin-Preis 2018 **VON ANJA KRÜGER**

Der Jubel ist groß, als die Ärztin Kristina Hänel auf die Bühne im Südblock in Berlin-Kreuzberg tritt. Gerade hat die stellvertretende Parteivorsitzende Caren Lay verkündet, dass die Jury des Clara-Zetkin-Frauenpreises der Gynäkologin die diesjährige Auszeichnung verliehen hat. »Ich freue mich total«, sagt Kristina Hänel und strahlt.

DIE LINKE hat in diesem Jahr zum achten Mal den Clara-Zetkin-Frauenpreis vergeben. Damit werden Persönlichkeiten oder Projekte geehrt, die sich besonders gegen Diskriminierung und für die Selbstbestimmung von Frauen verdient machen. Die Preisverleihung findet jährlich um den 8. März statt, dieses Mal am Wochenende vor dem Internationalen Frauentag. »Wir wollen mit dem Preis Frauen sichtbar machen«, sagt

Caren Lay, die auch stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag ist. »Noch immer ist die Arbeit von Frauen unsichtbar.« Das gelte auch noch 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts. »Wir werden weiterkämpfen, die Abschaffung von Patriarchat, Sexismus und Homophobie bleibt unser Ziel«, verspricht sie.

## Protest angekurbelt

Im November hat das Amtsgericht Gießen die Ärztin Kristina Hänel zu einer Geldstrafe von 6.000 Euro verurteilt. Ihr Vergehen: Sie hat auf der Homepage ihrer Praxis über Abtreibung informiert. Deshalb war die 61-Jährige wegen Verstoßes gegen den Paragraphen 219a angezeigt wor-

den, der Werbung für Abtreibung unter Strafe stellt. Im Gegensatz zu anderen angezeigten Medizinerinnen und Medizinnern hat Kristina Hänel die Strafe nicht schweigend gezahlt, sondern ist in die Öffentlichkeit gegangen. Sie hat eine Petition gegen den Paragraphen 219a initiiert.

»Kristina Hänel hat mit ihrem Widerstand und ihrer Petition erreicht, dass eine Protestwelle für die Selbstbestimmung von Frauen in Gang gesetzt wurde«, so die frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag Cornelia Möhring in ihrer Laudatio. »Eine Protestwelle, die inzwischen auch den Bundestag erreicht hat und die noch nicht vorbei ist. Die erreicht hat, das hierzulande endlich wieder über das Thema Schwangerschaftsabbruch diskutiert wird.« DIE LINKE, aber auch

## Pflege auf der Bühne

Esma Özdemir, Sabrina Maar und Yvonne Falkner von »CareSlam« sprechen über ihren Alltag



Fotos: Michel A. Dickler

Es wurde ganz still bei der Clara-Zetkin-Preisverleihung im Südblock in Berlin-Kreuzberg, als Sabrina Maar etwas aus ihrem Programm vortrug: »Es gab da diese Frau, die wollte gerne reden. Sie wollte immer reden, aber wir hatten keine Zeit. Sie war der erste Mensch, den ich habe sterben sehen.«

Sabrina Maar arbeitet in der Pflege. Manchmal träumt sie von einer Stelle in einem anderen Land mit besseren Bedingungen in der Pflege. Aber eigentlich will sie nicht weggehen. Sie will, dass es hier besser wird. Deshalb steht sie auf der Bühne. Sabrina Maar gehört zu CareSlam. Dieses Projekt hat ihre Kollegin Yvonne Falckner

2015 gegründet – eine Mischung aus Poetry Slam und ScienceSlam. Beim ersten wird Poesie vorgetragen, beim zweiten Wissenschaft für Laien vorbereitet. CareSlam verbindet beides und klärt über die Verhältnisse in der Pflege auf. »Es ist wichtig, etwas zu verändern«, sagt CareSlamerin Esma Özdemir

Grüne und FDP haben im Bundestag einen Antrag zur Abschaffung oder Entschärfung des Paragraphen 219a eingebracht. Die SPD setzt sich dafür ein, dass die Abstimmung als Gewissensfrage eingestuft und der Fraktionszwang aufgehoben wird. Dann gäbe es eine Mehrheit für eine Gesetzesänderung.

Sieben nominierte Frauenprojekte stellen an diesem Abend ihre Arbeit vor. Eines ist das Containerprojekt für obdachlose Frauen in Hamburg, das die Caritas Hamburg in Zusammenarbeit mit der Fachhochschule HAW ins Leben gerufen hat. Studierende helfen den Frauen, die nach einigen Tagen wieder aufbrechen oder sogar Jahre in den Minihäusern auf dem Campus bleiben. »Fünf Plätze stehen explizit für Transfrauen zur Verfügung«, berichtet Andrea Hniopek, Dozentin an der HAW. Wohnungslose Transfrauen haben es besonders schwer, Hilfe zu finden. »Einrichtungen richten sich nicht an Menschen, sondern an Frauen oder Männer.«

Die Kontaktstelle »Frauen für Frauen« in Cottbus gibt es seit 1991. Hilfe bei Ämtergängen und Deutschkurse für Frauen und Kinder mit Migrationshintergrund sind nur einige Angebote. Das Projekt Rosalinde in Leipzig ist Anlaufstelle für queere Geflüchtete. Viele von ihnen haben auf der Flucht und schon in ihren Herkunftsländern Gewalt erfahren. Die Mitarbeitenden von Rosalinde weisen Wege zur medizinischen oder psychotherapeutischen Behandlung.

Auch Vertreterinnen des ver.di-Bezirksfrauenrats München, der einen politischen Frauentreff organisiert und eine monatliche Radiosendung auf die Beine stellt, sind nominiert. Ebenso das Frauenorchesterprojekt: Unter Leitung der Dirigentin und Leiterin des Frankfurter Archivs Frau und Musik Mary Ellen Kitchens spielen die Musikerinnen Werke in Vergessenheit geratener Komponistinnen. Ebenso wie die drei Pflegekräfte von CareSlam



**Caren Lay moderierte die Preisverleihung. Katja Kipping überreichte die schöne Skulptur der Künstlerin Kerstin Grimm an Cicek Yildiz und Leyla Boran von TAJÊ, den yezidischen Frauenräten**



**Hat die Protestwelle gegen den Paragraphen 219a in Gang gebracht: die Frauenärztin Kristina Hänel (unten rechts). Links daneben: die frauenpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag Cornelia Möhring**

(siehe Kasten) werden die Projekte vom Publikum gefeiert.

Gewonnen hat den diesjährigen Projektpreis TAJÊ, die 2016 gegründeten Frauenräte der Yezidinnen. Tajê hat den Hauptsitz in Sinjar im Irak. Die neun Frauenräte setzen sich für den demokratischen Wandel der yezidischen Gesellschaft ein und kämpfen gegen Frauenmorde. In Flüchtlingslagern in Syrien, im Irak und der Türkei organisieren sie Bildungsseminare und bieten Traumatherapien an. TAJÊ unterstützt Frauen, die aus der IS-Gefangenschaft befreit wurden. Für diese Frauen ist die Rückkehr aufgrund des patriarchalen Ehrenkodex sehr schwer.

»Sie helfen den Frauen nicht nur ihre Leiden zu verarbeiten, sondern ermöglichen der yezidischen Frau, in die Gesellschaft zu treten«, sagt LINKEN-Vorsitzende Katja Kipping in ihrer Laudatio. »Die yezidischen Frauen von TAJÊ beweisen, dass Sklavinnen zu freien Frauen werden können. Und freie Frauen können beginnen, eine ganze Gesellschaft umzuwerfen.« ◀



# Organisieren und gewinnen

DIE LINKE hat 2017 Modellprojekte in armen Stadtvierteln gestartet. LINKE-Aktive organisieren sich gemeinsam mit Anwohnern. Mit Erfolg, wie das Beispiel Neukölln zeigt **VON SARAH NAGEL**

**R**und zwanzig Leute sind zur Unterstützung dabei, als eine Mieterin aus dem Neuköllner Stadtteil Gropiusstadt im Januar in der Bezirksverordnetenversammlung im Rathaus Neukölln einen Offenen Brief übergibt. Die Mieter und Unterstützer haben sich auf der Tribüne versammelt, während die Frau zwei Fragen stellt. Sie will wissen, wie das Bezirksamt die Mieter davor schützen will, durch immer höhere Mieten verdrängt zu werden. Und was dafür getan wird, um die Anwohner vor dem Asbest zu schützen, der mutmaßlich in ihren Wohnungen verbaut ist. Die Mieter auf der Tribüne rollen ein Transparent aus. »Mietenwucher und Asbest ist großer Mist«, steht darauf. Ihr Vermieter will das Haus ener-

getisch sanieren, die meisten Bewohner sollen deshalb im Monat rund 170 Euro mehr zahlen.

Die Antwort des Bezirksamts ist ernüchternd, aber immerhin: Bald soll eine kostenlose Mieterberatung im Viertel eingerichtet werden. Auch das war eine der Forderungen der Initiative. Doch vor allem sorgte die Aktion für Aufmerksamkeit. Der Tagesspiegel hat berichtet, auch der Fernsehsender rbb. Die Initiative trifft sich weiter, um die nächsten Schritte zu planen. Das Besondere: Sie besteht aus Anwohnern und Mitgliedern der LINKEN, die gemeinsam für konkrete Verbesserungen streiten.

Das passiert nicht nur im Stadtteil Gropiusstadt, sondern auch in anderen Städten. 2016 hat der Parteivor-

stand Modellprojekte für Organizing in einkommensarmen Stadtvierteln beschlossen. Im Frühjahr und Sommer 2017 sind sie gestartet. Organizing ist einerseits der englische Begriff für organisieren. Er steht gleichzeitig für einen Politikansatz, bei dem Menschen angesprochen und für gemeinsame Aktivitäten gewonnen werden – zu Themen, die besonders drängen. Welche das sind, kann unterschiedlich sein.

## Chance

Häufig sind es sehr konkrete Probleme, die für Anwohner wichtig sind, wie Mieterhöhungen, fehlende Kita-Plätze oder dass eine Buslinie gestri-



Gemeinsamer Kampf gegen Mieterhöhungen: LINKE und AnwohnerInnen aus dem Stadtteil Gropiusstadt im Rathaus Berlin-Neukölln  
Foto: Anne Steckner

WUCHERMIETEN  
UND ASBEST IST  
GROSSER MIST

Mieter Löwensteinring 23/2



chen werden soll. Der erste Schritt ist deshalb, ins Gespräch zu kommen, um herauszufinden, was unter den Nägeln brennt. DIE LINKE tut das vor allem in Stadtvierteln, in denen sich Politiker sonst selten blicken lassen. In Nachbarschaften mit geringem Durchschnittseinkommen haben die Bewohner häufiger mit niedrigen Löhnen, hohen Mieten, Hartz IV, Stress und anderen Dingen zu kämpfen, die den Alltag zur Zumutung machen. Die Wahlbeteiligung liegt niedriger als in reichen Vierteln, auch weil oft das Gefühl da ist, dass sich an der eigenen Situation sowie so nichts bessert.

Sich gemeinsam zu organisieren ist ein Weg, um das zu ändern. Dabei muss es nicht bei den konkreten Anliegen bleiben. Wenn man sie gemeinsam angeht, kommen schnell andere politische Themen und Zusammenhänge ins Spiel. Für DIE LINKE ist es auch eine Chance, sich in Wohnvierteln (wieder) zu verankern, im Alltag präsent zu sein. Oft bedeutet organisierende Arbeit auch für Mitglieder eine neue Art, Politik zu machen. Man kommt mit Menschen in Kontakt, denen man noch nicht begegnet ist, lernt sich kennen, unterstützt sich.

## Mieten-Café

Die Anwohner und LINKE-Mitglieder in Neukölln haben sich erst im Dezember kennengelernt. Eine Aktivengruppe aus dem Bezirksverband hatte sich vorab zusammengefunden, um im Rahmen des Projekts organisierende Praxis vor Ort auszuprobieren. Ab dem Sommer waren sie an Haustüren unterwegs und mit Infoständen in Gropiusstadt präsent, um mit Anwohnern ins Gespräch zu kommen. Das Viertel liegt im südlichen Teil von Neukölln, knapp 37.000 Menschen leben dort – überwiegend in Hochhäusern, die in den 1960er Jahren gebaut wurden.

Die steigenden Mieten stellten sich schnell als Thema heraus, das viele Menschen bewegt. Bei einem Mieten-Mapping vor dem U-Bahnhof konnten Passanten auf einer großen Karte der Umgebung markieren, ob ihre Miete in letzter Zeit leicht, stark oder gar nicht gestiegen ist. Die wenigsten konnten von keinerlei Mietsteigerungen berichten. In manchen Fällen hing die Erhöhung mit energetischer Sanierung zusammen. Elf Prozent der Sanierungskosten dürfen laut Mietrecht auf die monatliche Miete draufgeschlagen werden – eine gute Möglichkeit für Vermieter, die Miete auf einen Schlag kräftig zu erhöhen.

Auch im Löwensteinring in Gropiusstadt geschieht das gerade. Ein Großteil der Häuser ist dort bereits saniert – das Haus mit der Mieterinitiative aber nicht. Nachdem der Vermieter kurz vor Weihnachten die Modernisierung angekündigt hatte, schrieb die LINKE-Gruppe eine Einladung zum Mieten-Café, um sich bei Kaffee und Kuchen auszutauschen.

Der nächste Schritt war eine Veranstaltung mit Experten, um sich über energetische Sanierung zu informieren. Mittlerweile treffen sich die Mieter und die Unterstützer regelmäßig, um zu besprechen, wie es weitergeht, konkrete Schritte zu planen, Aufgaben aufzuteilen. Auch an den Haustüren waren sie schon gemeinsam unterwegs, um mit weiteren Nachbarn zu sprechen und Unterschriften für den Offenen Brief zu sammeln, den sie in der Bezirksverordnetenversammlung übergeben haben. 85 Unterschriften sind insgesamt dafür zusammengekommen, bei 99 Mietparteien.

Die Sanierung in Gropiusstadt ist noch lange nicht abgeschlossen. Das beunruhigt viele Mieter. Zu einer Informationsveranstaltung zu den Gesundheitsgefahren durch Asbest kamen im Februar auch Anwohner aus anderen Häusern. Es könnte spannend werden in Gropiusstadt. ◀

ABOSCHHEIN

## Ich abonniere DISPUT

Name, Vorname

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Ich bestelle ab sofort  Exemplar(e)  
der Zeitschrift DISPUT im

Halbjahresabonnement zum Preis von  
12,00 Euro inkl. Versandkosten

Jahresabonnement zum Preis von  
21,60 Euro inkl. Versandkosten

und nutze den vorteilhaften Bankeinzug

IBAN

BIC

oder

bitte um Rechnungslegung  
(gegen Gebühr) an meine Adresse.

Das Abonnement verlängert sich  
automatisch um den angegebenen  
Zeitraum zum gültigen Bezugszeitraum,  
falls ich nicht 15 Tage (Poststempel)  
vor dessen Ablauf schriftlich kündige.

Datum, 1. Unterschrift

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass  
ich die Bestellung innerhalb von 10 Tagen  
widerrufen kann.  
Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige  
Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Coupon bitte senden an:

**Partei Vorstand DIE LINKE**  
Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin

Bestellungen auch möglich unter:  
[www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)

# Perforierte Gemeinden

Bau auf, bau auf. Reiß ab! Reiß ab! So einfach ist das nicht. DIE LINKE braucht eine Strategie für eine neue Raumordnung **VON KATALIN GENNBURG**



**B**auen, bauen, bauen! schmettert die Hauptstadtspresse angesichts des Stadtwachstums. Doch wie sieht es in den Städten und Dörfern jenseits der »Metropolen« aus? Was, muss man fragen, ist eigentlich im wilden Osten los? Da, wo sogenannte Protestparteien Traumergebnisse erzielen? Wie hat sich die Regional- und Strukturentwicklung in den ländlichen Regionen seit 1990 gestaltet? Was ist aus der strategischen(!) Raumplanung geworden, seit Sparpolitik, Austeritätspolitik und vielerorts Zwangsverwaltung die Städte und Gemeinden regieren?

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Städtebau- und Wohnungspolitik ist ein Zusammenschluss von fachlich Interessierten in und bei der LINKEN. Seit zehn Jahren befassen wir uns unter anderem mit Stadtentwicklung, Mietenwahnsinn und Kommunalpolitik – landauf und landab. Im Januar 2018 verslug es uns nach Zeitz, in die alte Industriestadt im Länderdreieck Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Unser Thema: das neue Erwachen der Klein- und Mittelstädte im Großraum Leipzig.

Bevor Schlagworte wie »Demographischer Wandel«, »Deindustrialisierung und Strukturwandel« zu Beschreibungen von Umbrüchen und dem Niedergang ganzer Landstriche wurden, produzierte die stolze Stadt Kinderwagen und Puppenwagen, Zucker, die beliebten Knusperflocken

von Zetti und vieles mehr. Zählte die Stadt 1984 noch 43.500 Einwohner, sind es heute samt großflächiger Eingemeindungen 29.000 Einwohner.

Die Stadt Zeitz ist das, was die Stadtforschung eine »perforierte Stadt« nennt. Hier zerfallen nicht einzelne Häuser, sondern ganze Straßenzüge. Die Stadtstruktur gleicht einem löchrigen Gebiss. Dem Leerstand beizukommen, ist schwer. Gemäß dem Schlachtruf »Bauen, bauen, bauen!« kommt nun der Abgesang »Abriss, Abriss, Abriss«?! So einfach ist es nicht, denn Städte sind historisch gewachsene Gebilde, sind in den Raum eingeschriebene, lesbare Geschichten.

## Zerfall

Über die Stadtumbauprogramme der 1990er Jahre wissen wir heute: Abriss allein macht nicht froh. Niemand kann einfach die Seiten aus den geschriebenen Büchern rausreißen und Sinnzusammenhänge zerstören. Es braucht kluge Konzepte, die integrierend wirken.

Seit den neunziger Jahren werden Förderprogramme in Zeitz und anderswo in Anspruch genommen, um die städtischen Strukturen zu sichern. Immer wieder geht es darum, den Verfall und Abbrüche so zu lenken, dass ein erkennbares und Identität stiftendes Stadtbild erhalten bleibt. In der Gründerzeit wurde die Industrie eu-

ropaweit zum Städtebauer, in Zeitz genauso wie in Berlin, Bochum, Nürnberg oder Hamburg. Die Städte wuchsen rasant über ihre mittelalterlichen Strukturen hinaus. Nach dem Zweiten Weltkrieg blieb Zeitz eine wichtige Industriemetropole der DDR. Dort musste schnell und gut Wohnraum geschaffen werden. So entstand Zeitz-Ost, das, was man heute eine Plattenbausiedlung nennt und was seit Jahrzehnten vor allem eines ist: Das Zuhause etlicher Menschen in »Hallescher Monolithbauweise« – nicht wie anderswo, in »Plattenbaumodulbauweise«.

Seit 1990 wurden in Zeitz 1.700 Wohnungen abgerissen. Damit konnte der Leerstand von 30 Prozent im Jahr 2001 auf 14,8 Prozent im Jahr 2011 verringert werden. »30 Euro pro Quadratmeter kostet idealerweise der Rückbau eines Plattenbaus (Förderung inklusive), und Mengenrabatte sind möglich«, erfahren wir vom Stadtplaner persönlich. Wir hörten vor Ort, dass »paradiesische Zustände« bei Kinderbetreuung und in Schulen herrschen. Grundstücke mit verfallenden Häusern werden als Grünflächen überplant und so können von der Gemeinde europäische Fördermittel für klimafreundliche Maßnahmen in Anspruch genommen werden.

Klingt doch gut: Kinderfreundlich und klimaneutral. Dass nebenan in Leipzig, eine halbe Zugstunde von Zeitz entfernt, die Mieten steigen und Freiräume knapp werden, treibt



Hier zerfallen nicht nur einzelne Häuser, sondern ganze Straßenzüge: die Stadt Zeitz in Sachsen-Anhalt

Foto: fotolia.com

neuerdings Menschen zu den sprichwörtlich neuen Ufern. In Zeit verrät man uns, dass zwar ein paar Zuzügler angekommen sind, damit ließe sich aber noch lange nicht der Leerstand füllen. Wer sind diese Leute, die Leipzig verlassen? Ist dies schon eine Renaissance oder – wie um 1900 – eine neue Reformbewegung, die den wachsenden Großstädten den Rücken kehrt? Daran glaubt in Zeit noch niemand.

Eines wird deutlich an diesem Samstag im Burgenlandkreis: Die Leuchtturmpolitik in den neunziger Jahren in den ostdeutschen Flächenländern hat die Peripherisierung von Städten und Menschen erst geschaffen. Dass damit das Grundgesetz missachtet wurde und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nicht nur für den Moment, sondern für lange Zeit relativiert wurde, ist nicht wieder gut zu machen. So freut sich die AfD hier über ein Direktmandat mit rund 32 Prozent der Erststimmen. Wer Orte wie diesen kennt, weiß, wie sich dieses Abgehängtsein der Menschen anfühlt, und dass es sich in Gelsenkirchen genauso anfühlt wie in Weißenfels und Bitterfeld.

Nun also kommen die Hippies und Alternativen aus Leipzig? Nachdem Leipzig in puncto Bevölkerungszuwachs nach 1990 zunächst vom Umland gewann, verliert es wieder ans Umland – auch an das 30 Minuten entfernte Zeitz.

Heute werden sogenannte Schwarmstädte als »versteckte Perlen« gepriesen, jene Klein- und Mittelstädte, die als Unterzentren die medizinische oder schulische Versorgung in der Region gewährleisten. Die Suburbanisierung der Neunziger ist ein anderer Prozess als das Ausweichen in Klein- und Mittelstädte. Denn heute treibt es jenes »Neue Urbane Milieu« als Raumpioniere in leergefallene Stadtzentren, die früher niemals das Fertigteilhaus auf den Acker gestellt hätten.

## Konzept

Wir erfahren von Roman Grabolle, dem Mitglied des Vereins »Haus- und Wagenrat Leipzig«, dass heute circa 2.000 Leute in der Stadt in alternativen Wohnformen leben.

Da die Mieten dort weiterhin steigen und findige Investoren ganze Stadtteile aufkaufen, treibt es manche nach draußen. Große Dreiseithöfe mit Blick auf die Felder, zentral gelegene Bürgerhäuser oder innerstädtische Ladengeschäfte bieten Platz für die Vielfalt der Lebensentwürfe im Zeitalter der Postmoderne.

Man kann diese neue Entwicklung mit Argwohn betrachten oder sich freuen. Für die Stadt- und Raumplanung ergeben sich neue Hausaufgaben, insbesondere für eine LINKE Perspektive auf Strukturplanung und

den Kampf gegen die AfD und andere nationalistische Organisationen im flachen Land.

DIE LINKE war immer stark in der Kommunalpolitik und im Kampf um die Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung trotz knapper Kassen. Immer ging es um soziale Politik und gleichwertige Lebensverhältnisse und Teilhabe auch in jenen »abgehängten Regionen«. Mit der Diskussion um neue Milieus und Klassenpolitik, die auch in der LINKEN geführt wird, offenbart sich ein neuer alter Trend: Endlich geht es wieder um Raumordnung, Strukturpolitik und Regionalentwicklung mit politischem Anspruch. Seien wir doch ehrlich: Wir müssen ernsthaft über eine LINKE Strategie für die Raumordnung reden und weg vom technischen Verständnis von Gebietskörperschaften oder gar dem angstvollen Blick auf sinkende Wahlergebnisse oder auf Prognosen zur schrumpfenden Bevölkerung.

Wir brauchen eine neue Raumordnung, die Daseinsvorsorge im kleinsten Kuhdorf garantiert und auch für die riesige Metropole Wachstumsschwankungen aufzufangen vermag. Die Frage lautet doch: Wie können wir die Systemwidersprüche nachhaltig ausgleichen und dafür sorgen, dass Orte nicht zu Getriebenen von Standortlogik und Gemeindefinanzen werden. Diskutiert werden muss, dass Nachhaltigkeit für alle Gemeinden gleichermaßen an der Grenze des Nachbarn weitergeht und Gebietsverweiterungen, allein der Grundsteuereinnahmen wegen, keine LINKE Raumstrategie sein können. Wenn wir darüber reden, dann basisdemokratisch und radikal. Wir wollen nicht den Kuchen in den Dörfern verteilen, wir wollen Bäckereien für alle!

Wie eine solche Strategie aussehen kann, darüber werden wir weiterhin diskutieren und laden alle herzlich ein, in unserer BAG mitzuarbeiten. ◀

Kontakt:  
katalin.gennburg@die-linke-berlin.de

# Abrüsten? Nö, doch nicht.

Die Große Koalition setzt den Aufrüstungskurs fort. Dabei hat die Bundeswehr kein Geldproblem, sondern ein massives Verschwendungsproblem  
VON MATTHIAS HÖHN

**I**m Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik setzen CDU/CSU und SPD ihren in den vergangenen Jahren geübten Kurs nahtlos fort. Noch im Wahlkampf kündigten die Sozialdemokraten an, Deutschland zum »Vorreiter der Abrüstung« machen und sich den Festlegungen der NATO, weitere Milliarden in die Ausrüstung zu stecken, widersetzen zu wollen. Und dann gab es da noch das Versprechen, dass in Deutschland gelagerten Atomwaffen der Vereinigten Staaten endlich aus Deutschland abgezogen werden sollen.

Pustekuchen. Das ideologische Fundament der kommenden kleinen Großen Koalition lautet: Deutschland muss mehr internationale Verantwortung übernehmen. Gemeint ist damit meistens militärische. Mit ihren beiden zentralen Wahlversprechen ist die Sozialdemokratie in den Koalitionsverhandlungen krachend, vielleicht auch willfährig geschei-

tert: Weder wird das Zwei-Prozent-Aufrüstungsziel der NATO in Frage gestellt, noch werden die US-Atomwaffen – die im Zweifel von deutschen Tornados an ihr Ziel gebracht werden – aus Deutschland abgezogen. Auch die vielfach angekündigte strengere Exportpolitik für deutsche Waffen rückt mit der Koalition in weite Ferne. Eine dringend notwendige veränderte Politik gegenüber dem NATO-»Partner« Türkei oder Diktaturen wie Saudi-Arabien wird zwar immer wieder angekündigt, aber inhaltlich nicht untersetzt. Weder werden Lehren aus dem völkerrechtswidrigen Einmarsch der Türkei in Afrin gezogen, noch werden Rüstungsexporte an die Länder untersagt, die im Jemen-Krieg für unermessliches Leid sorgen – schließlich besitzt die Rüstungsindustrie »Vertrauensschutz« und darf erst einmal weiter liefern. Dabei ist es überfällig, endlich den Schutz von Menschen

über den der deutschen Rüstungsfirmen zu stellen.

Entspannung und eine neue Ostpolitik mit Russland ist nicht in Sicht: Die vorhandenen Sanktionen bleiben bestehen. Stattdessen schickt Ursula von der Leyen 12.000 deutsche Soldaten zu NATO-Manövern an die russische Grenze, die sich unter geschichtsvergessenen Titeln wie »flammender Donner« oder »Eiserner Wolf« abspielen. Der Wille zu weiterer Konfrontation ist gegeben, notwendige Signale für Frieden und Entspannung bleiben hingegen aus.

Um diese gefährliche Außenpolitik fortzusetzen, sind sich Union und SPD auch darin einig, weitere Milliarden in den ohnehin schon viel zu hohen Verteidigungshaushalt und in die Ausrüstung zu geben – was in diesem Fall nichts anderes meint als die Aufrüstung der Bundeswehr.

Immer wieder wird in diesem Zusammenhang erwähnt, die Bundes-



**Kaputtgespart? 20 Prozent mehr Geld für von der Leyen seit 2014! DIE LINKE sagt **Nein zu weiterer Aufrüstung.****

wehr sei im letzten Vierteljahrhundert kaputtgespart worden. Ursula von der Leyen wird nicht müde, diesen nachweisbaren Unsinn zu wiederholen. Und auch der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels (SPD) springt ihr brav bei: Der Verteidigungshaushalt müsse weiter kräftig steigen – bei der Bundeswehr quietsche es an allen Ecken und Kanten, es regiere der Verschleiß.

Was nicht nur die beiden gerne verschweigen: Der Verteidigungshaushalt ist in den vergangenen Jahren auch ohne die Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO bereits massiv gestiegen. Innerhalb der vergangenen vier Jahre um fast 20 Prozent – in diesem Jahr auf 38,5 Milliarden Euro. Kein Ministerium in Deutschland – auch keines, das dafür zuständig wäre, die soziale Spaltung in unserem Land zu bekämpfen – kann sich über ähnliche Zuwächse freuen. Die Zahlen zeigen, die Bundeswehr hat ganz gewiss kein Geldproblem, aber ein massives Führungs- und Verschwendungsproblem.

## Negativschlagzeilen

Statt sich weiterhin in 13 Auslandseinsätzen zu verzetteln, sollte die Bundeswehr endlich wieder auf ihre grundgesetzliche Kernfunktion reduziert werden: Die Landesverteidigung. Dies wäre ein erster Schritt, um im Verteidigungsetat zu sparen, statt weiter aufzurüsten. Knapp neun Milliarden Euro hat den Steuerzahler bislang der Einsatz in Afghanistan gekostet. Seit beinahe 17 Jahren ist die Bundeswehr dort stationiert – 17 Jahre und das Land ist in einem kaum lebensfähigen Zustand. Weitere acht Milliarden sind für die anderen Auslandseinsätze verbrannt worden. Aber statt die Lehren aus der Realität gescheiterter Einsätze zu ziehen, liebäugelt die Bundesregierung mit einem neuen Mandat – mitten im Irak. Ein solches Projekt ist verantwortungslos und wird niemals

**Immer mehr Geld für die Bundeswehr**  
Mittel im Verteidigungshaushalt, in Milliarden Euro



Quelle: DIE LINKE im Bundestag

die Zustimmung unserer Bundestagsfraktion erhalten.

Kaum ein Tag vergeht ohne Negativschlagzeilen. Vor vier Jahren sollte unter Ursula von der Leyen vieles anders, irgendwie besser werden. Nach vier Jahren im Amt ist manches anders, aber zumindest aus unserer Perspektive nichts besser geworden. Was Ursula von der Leyen anfasst, klappt nicht. Dabei stand einer Verteidigungsministerin noch nie so viel Geld zur Verfügung. Aber die Verwendung der Mittel ist haarsträubend. Der »PUMA« – der vermeintlich modernste Schützenpanzer der Welt und mit einem Stückpreis von 14,5 Millionen Euro zugleich der teuerste Schützenpanzer der Welt – ist nicht einsatzreif. Er zeigt exemplarisch wie im Verteidigungsministerium verantwortungslos mit Milliarden jongliert wird. Ursprünglich sollten 405 »PUMA« etwas mehr als drei Milliarden Euro kosten. Diese ohnehin riesige Summe ist auf knapp fünf Milliarden Euro gewachsen – für 350 Modelle. Einsatzreif ist das System nicht vor 2024, obwohl dies bis 2020 anvisiert war. Für die Herstellung der Einsatzbereitschaft werden nach Berichten noch einmal drei bis vier Milliarden Euro anfallen.

Damit sind allein die Anschaffungskosten für den »PUMA« höher als der gesamte Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit im Haushaltsjahr 2017: Der belief sich auf 8,5 Milliarden Euro. Allein dieser Vergleich zeigt den gesamten Irrsinn der deutschen Rüstungs- und Verteidigungspolitik. Doch ist er kein Einzelfall. Der Transporthubschrauber »NH 90« ist 20 Jahre nach seinem Erstflug nicht einsatzreif, beim Milliardenprojekt »A 400 M« war im vergangenen Jahr zeitweise kein einziger Flieger flugbereit.

Dennoch fließen Milliarden. Die Bundeswehr ist nicht kaputt gespart worden. Die Realität lautet: Die Bundeswehr hat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten Milliarden für Aufrüstungsprojekte ausgegeben und gleichzeitig milliardenschwere Nachbesserungen und Instandsetzungen mit eingekauft – allein in der letzten Legislaturperiode unter Schwarz-Rot sind größere Investitionen von rund 31 Milliarden durch den Bundestag freigegeben worden. Etabliert hat sich ein System der doppelten Zahlung, zunächst für das Produkt, dann dafür, dass es funktioniert. Profiteure dieser Politik sind einzig und allein die Rüstungsunternehmen.

Es verwundert daher nicht, dass das Vertrauen der Bevölkerung in die Bundeswehr auf inzwischen 45 Prozent gesunken ist, wie eine aktuelle Umfrage belegt. Deshalb muss Ab-statt Aufrüstung auf die Tagesordnung gesetzt werden. Deshalb müssen die Soldaten aus den teuren und sinnlosen Auslandseinsätzen geholt werden. Und deshalb muss die Bundeswehr wieder auf ihre Kernaufgabe reduziert werden, auf die Landesverteidigung. So ließen sich Vertrauen gewinnen und Milliarden in einem ohnehin viel zu hohen Etat einsparen. ◀

**Matthias Höhn ist sicherheitspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag.**

# Kurze Vollzeit

Die Arbeitssoziologin Nicole Mayer-Ahuja über neue Standards für gute Arbeit und die konkrete Utopie einer 28 bis 35-Stunden-Woche

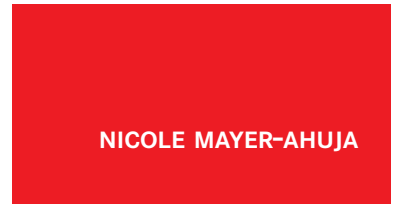
**Heute arbeiten und leben Menschen ja ganz unterschiedlich. Warum braucht es aus wissenschaftlicher Sicht überhaupt ein Neues Normalarbeitsverhältnis?**

Fragt man heute, was »normale« oder »gute« Arbeit ausmacht, nennen viele weiterhin unbefristete Festanstellung in Vollzeit, regelmäßige Arbeitszeiten, Sozialversicherungsschutz, Abdeckung durch das Arbeitsrecht, existenzsichernden Verdienst, berufliche Aufstiegsmöglichkeiten, die Chance, Interessen in Betriebsrat und Gewerkschaft zu vertreten und so wei-

befristet arbeitet, fällt teilweise oder ganz aus den Sicherungsmechanismen heraus, die früher für das Normalarbeitsverhältnis galten – und selbst mit unbefristetem Vollzeitvertrag muss das Einkommen nicht zum Leben reichen. Höchste Zeit also für eine Diskussion darüber, was heute »gute Arbeit« ausmacht, wie Arbeit, soziale und rechtliche Absicherung, berufliches Fortkommen und Lebensplanung auf neue Weise verbunden werden sollten. Und wie man Standards durchsetzen kann, die unterschiedlichen Beschäftigteninteressen gerecht werden.

**Am »Normalarbeitsverhältnis« gibt es auch eine starke feministische Kritik. Welche Ansätze siehst du in dem Vorschlag für ein Neues Normalarbeitsverhältnis für eine geschlechtergerechte Veränderung der Arbeitswelt?**

Die Frauenbewegung hat zu Recht kritisiert, dass das Normalarbeitsverhältnis auch vor 1975 allenfalls für Männer normal war. Frauen waren unter anderem wegen Familienpflichten selten ein Leben lang vollzeitbeschäftigt. Heute verbringen immer mehr Frauen einen immer größeren Teil ihres Arbeitslebens in Erwerbsarbeit, sind besser qualifiziert, arbeiten häufiger Vollzeit. Trotzdem sind sie stärker in prekären Jobs vertreten als Männer. Niedriglöhne, Minijobs etc. gelten bis heute als weniger problematisch, wenn sie Frauen betreffen – manche prekären Jobs, etwa in Reinigungsfirmen oder an Supermarktkassen, werden sogar mit den Bedürfnissen von Müttern gerechtfertigt, selbst wenn dann oft andere Frauen oder Männer dort arbeiten. Ein Neues Normalarbeitsverhältnis muss neue Standards für »gute Arbeit« definieren, die Männern wie Frauen größere Möglichkeiten geben, ihr Arbeitsleben nach eigenen Wünschen zu gestalten. Es muss Strukturen aufbrechen, die Frauen unabhängig von



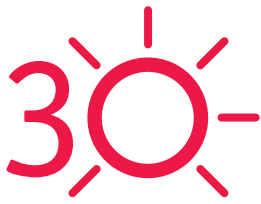
Professorin für Arbeitssoziologie und Direktorin des Soziologischen Forschungsinstituts (SOFI) e. V. an der Universität Göttingen.

Foto: kpw-photo

ihren Lebenszielen, qua Geschlecht, auf gering entlohnte Zuverdienst-Jobs ohne Perspektive festlegen. **Die Leitideen des alten Normalarbeitsverhältnisses waren eine gewisse Sicherheit und die Perspektive eines Aufstiegs im Tausch gegen Leistung und harte Arbeit in Vollzeit. Was könnte eine populäre Leitidee für ein Neues Normalarbeitsverhältnis im 21. Jahrhundert sein?** Der Kompromiss, den du ansprichst, wurde von vielen Unternehmen aufgekündigt: Verlangt werden immer mehr Leistung und härtere Arbeit. Doch die Gegenleistung ist nicht länger beruflicher oder sozialer Aufstieg, sondern bestenfalls die Chance, den eigenen Status irgendwie zu halten. Staatliche Politik hat das unterstützt, indem sie Leistun-



ter. Kurz: Sie berufen sich auf das klassische Normalarbeitsverhältnis. Der Anteil dieser Jobs geht aber seit Jahrzehnten zurück. Die Arbeitswelt ist vielfältiger geworden – und dabei auch ungleicher. Wer heute in Leiharbeit, Minijobs, alleinselbständig oder



## Arbeit **besser** bezahlen, **gerecht** verteilen. Schöner **Leben**.

gen gekürzt, Rechtsansprüche abgebaut und, etwa durch die Hartz-Reformen, den Druck auf Arbeitende erhöht hat, notfalls (fast) jeden Job anzunehmen. Ein Neues Normalarbeitsverhältnis muss mit dieser Logik brechen. Arbeiten, um gut zu leben, ist das Ziel – nicht leben, um zu arbeiten. Was ein gutes (Arbeits) Leben ausmacht – darüber sollten wir diskutieren. Einiges ist aber klar: Um gut zu leben, muss der Unterhalt dauerhaft gesichert sein. Man muss halbwegs in Ruhe Arbeit nach professionellen Standards leisten können. Es braucht ein Recht auf Absicherung für Zeiten, in denen Arbeitskraft nicht verkauft werden kann. Und das Leben muss planbar sein – das gilt für den Alltag wie für die Erwerbsbiographie. Wenn heute von Flexibilität die Rede ist, geht es meist um Anpassung an Markt und Auftragslage. Ein Neues Normalarbeitsverhältnis muss Sicherheit und Planbarkeit mit Flexibilität verbinden. Die Frage ist: Wer entscheidet letztlich, wann und wie gearbeitet wird?

**Mit den Streiks in der Metallindustrie ist das Thema Arbeitszeitverkürzung kurzzeitig in die gesellschaftliche Debatte gekommen. Wie könnte es jetzt weitergehen? Ist eine kurze Vollzeit mit 28 bis 35 Stunden in der Woche eine sinnvolle und machbare »konkrete Utopie«?**

Ja, unbedingt. Aus Umfragen wissen wir, dass viele Menschen das für eine ideale Arbeitszeit halten. Das gilt für diejenigen, die faktisch überlange Arbeitszeiten leisten, genau wie für MinijobberInnen. »Kurze Vollzeit für alle« könnte deshalb eine Forderung sein, die sehr unterschiedliche Beschäftigte mobilisiert. Das ist wichtig, denn bisher tragen Unternehmensstrategien und staatliche Politik oft dazu bei, dass Unterschiede zwischen Beschäftigten zunehmen und sie teilweise direkt gegeneinander ausgespielt werden:

Stamm- gegen Randbelegschaft; junge mit befristetem Job gegen Ältere mit sicherer Anstellung; Männer gegen Frauen; gering gegen hoch Qualifizierte und so weiter. Trotzdem ist ein Großteil der Bevölkerung darauf angewiesen, seine Arbeitskraft zu Markte zu tragen. Gibt es also Erfahrungen und Interessen, die unterschiedliche Gruppen von Beschäftigten verbinden? Die kurze Vollzeit wäre eine Antwort auf unterschiedlichste Probleme, die alle in Lohnarbeit gründen. Die Streiks der IG Metall zeigen: selbst Männer in industriellen Vollzeitjobs kämpfen dafür, dass Arbeitskraft zeitweise zurückgehalten werden kann – und Unternehmen einen größeren Beitrag zu deren Reproduktion leisten.

**Das alte Normalarbeitsverhältnis entstand in der Nachkriegszeit. Was braucht es heute, um ein Neues Normalarbeitsverhältnis durchzusetzen? Worin siehst du die Rolle kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in den Auseinandersetzungen um die Arbeit der Zukunft?**

Ein Neues Normalarbeitsverhältnis erfordert die Etablierung neuer Standards. Das würde Geld kosten und Machtverhältnisse in Frage stellen. Wissenschaft kann die Veränderung der Arbeitswelt analysieren und Alternativen skizzieren. Vor allem aber müssen wir, die Arbeitenden selbst, nach einer langen Phase, in der Verweise auf ökonomische Sachzwänge jedes Nachdenken über eine andere (Arbeits)Welt ersticken haben, offen diskutieren, wie wir künftig arbeiten und leben wollen. Es braucht neue Standards, für die es sich zu kämpfen lohnt. Deren Durchsetzung wird nicht ohne Konflikte gelingen – denn sie dienen, in den Worten des britischen Labour-Vorsitzenden Jeremy Corbyns, »the many, not the few« (»Den vielen, nicht den wenigen«).

Interview: Lia Becker

### Kurze Vollzeit für alle

Die **Initiative für ein Neues Normalarbeitsverhältnis**, die von Bernd Riexinger angestoßen wurde, will selbstbestimmtere Arbeitszeiten für alle und eine Umverteilung von Arbeit, Zeit und Reichtum. Die »konkrete Utopie«: kurze Vollzeit für alle. Dafür braucht es andere Rahmenbedingungen: Das Recht auf eine Mindeststundenzahl von 20 Stunden/Woche und eine Begrenzung der wöchentlichen Höchstarbeitszeit von derzeit 48 auf 40 Stunden.

*Ein Wahlarbeitszeitgesetz*, mit Arbeitszeiten, die zwischen 20 und 35 Stunden für die Beschäftigten (!) flexibel gestaltbar sind und verpflichtende Regelungen zu kollektiver Mitbestimmung und Personalausgleich.

Zwei Millionen neue Arbeitsplätze in kurzer Vollzeit (unter anderem in Bildung, Gesundheitsversorgung, Pflege, Infrastruktur der Kommunen, Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs) durch ein staatliches Investitionsprogramm über 120 Milliarden Euro.

*Eine Familien-, Pflege und Weiterbildungszeit*: Lohnarbeit muss so geregelt werden, dass sie die Familien- und Sorgearbeit als gesellschaftlich notwendige Arbeit anerkennt. Alle Beschäftigten, die ihre Arbeitszeit für Erziehung, Pflege oder zur Weiterbildung reduzieren, erhalten einen teilweisen Lohnausgleich. Dieser kann durch eine Abgabe von Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten und durch begrenzte staatliche Zuschüsse finanziert werden.

# LINKES Brauchtum

Marschmusik, Weißwurst, Bier: der politische Aschermittwoch der LINKEN in Passau mit allem, was dazu gehört. Bis auf Stammtischparolen **VON MARTIN BIALLUCH**



**LINKE pflegen regionale Rituale: Der Passauer Kreisvorsitzende Josef Ilsanker, die stellvertretende Parteivorsitzende Janine Wissler, Linksfraktionschef Dietmar Bartsch und der bayerische Landesvorsitzende Ates Gürpınar beim politischen Aschermittwoch in der Dreiflüssestadt an Donau, Inn und Ilz** Foto: Johannes Hagnauer

Wird an Tischen Bier und am Rednerpult dem politischen Gegner schon am frühen Vormittag ordentlich eingeschenkt, begleitet von Marschmusik und Weißwürsten, dann befindet man sich im tiefen Südosten der Republik, und es ist Aschermittwoch. Was im Jahr 1580 als politische Diskussion bayerischer Bauern auf dem Vieh- und Rossmarkt in Vilshofen begann, hat sich zu einer Pflichtübung für Parteien entwickelt. Das Zentrum dieser Tradition ist Passau. Auch DIE LINKE begeht hier seit 18 Jahren ihren politischen Aschermittwoch, mit allem was dazu gehört – außer Stammtischparolen.

DIE LINKE verbrachte den großen Tag auf der MS »Stadt Linz«. Vor 400 Besuchern widmete sich der Passauer Kreisvorsitzende Josef Ilsanker den politischen Verhältnissen im Freistaat: »Die »CSU ist Bayern«, was für ein Blödsinn«, kritisierte er und

erteilte der CSU einen Grundkurs in Sachen bayerischer Verfassung. Dort steht: »Rassen- und Völkerhass zu entfachen ist verboten und strafbar.« Ates Gürpınar, der Landessprecher der bayerischen LINKEN, pflichtete ihm bei: »Die CSU steht für ein Bayern, das die bayerische Verfassung mit Füßen tritt. Wir haben hier eine mitleiderregende SPD, die genau wie die rückgratlosen Grünen mit der CSU koalieren würde.« Der künftige Ministerpräsident Markus Söder sei auch Vorsitzender im erfolglosesten Wahlbezirk der CSU. Man müsse erfolglose Menschen unterstützen, aber doch nicht gleich zum Ministerpräsidenten machen, rief Ates Gürpınar.

## Landtagswahlen

Die auswärtigen Gäste schlugen in dieselbe Kerbe, sparten aber auch nicht mit Kritik an der kleinsten Gro-

ßen Koalition aller Zeiten. Sie betonten die Bedeutung eines Wahlerfolgs der LINKEN bei den bayerischen und hessischen Landtagswahlen im Herbst. »Bayern hat es nicht verdient, von solchen Knalltüten wie Seehofer oder Söder vertreten zu werden, deren politische Impulse die Obergrenze für Flüchtlinge, die Maut für Ausländer, Schweinefleischpflicht in Kitas, ein Heimatministerium, Glyphosat und eine Bratwurstoffensive sind«, kritisierte Janine Wissler, Vize-Parteichefin und hessische Fraktionsvorsitzende. »Ich hätte mir gewünscht, Union und SPD hätten nächtelang darum gerungen, wie man den Pflegenotstand beseitigt und bezahlbare Wohnungen schafft, wie man Armut bekämpfen und Bildung besser ausstatten kann. Stattdessen haben sie zwölf Stunden über die Aufteilung der Posten gestritten.« Wer die soziale Spaltung fördere, bereite den Nährboden für die Rechten, aber »wir wollen nicht, dass die Armen sich um die Brotkrumen streiten. Die Frage ist, wo das Brot geblieben ist und wem die Bäckerei gehört.«

Auch der Vorsitzende der Bundestagsfraktion Dietmar Bartsch teilte aus: »Die Wahlverlierer haben sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt. Und selbst der ist offensichtlich instabil.« Harmlose Lyrik im Koalitionsvertrag, angeschlagenes Führungspersonal und Streit, bevor die Regierung steht – »das ist nicht gut für die Menschen in Deutschland und Europa«, sagte er. »Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen Flaschen sammeln müssen. Wir brauchen eine Mindestrente von 1.050 Euro.« Er warnte SPD-Frau Andrea Nahles vor den Gefahren von hundertprozentigen Ergebnissen, wie das Beispiel des »Ikarus aus Würselen« zeigen würde. Bartsch: »Wir sind die einzige Partei in Bayern die klar sagt: Wir wollen nicht mit der CSU regieren. Wer eine soziale Opposition will, kann nur DIE LINKE wählen. Wir sind die Alternative zu Markus Söder.« ◀

# Epochenbruch 1914–1923

Facettenreiche Konferenz des Parteivorstands und der Historischen Kommission zu Erstem Weltkrieg, Frieden und Revolutionen **VON ANJA KRÜGER**

Immer wieder versicherten sich die europäischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bei Konferenzen und in Beschlüssen, im Falle eines Krieges ganz sicher nicht gegeneinander zu kämpfen – doch als der Erste Weltkrieg 1914 ausbrach, riefen sie nicht wie versprochen den Generalstreik aus. Abgesehen von den Genossen in Serbien und Italien stimmten alle für den Krieg.

Die deutsche Sozialdemokratie spaltete sich an der Kriegsfrage im Jahr 1917 in die USPD und die sogenannte Mehrheits-SPD. »Die Kriegsfrage ist bis heute in der Linken die Gretchenfrage«, sagte das LINKE Parteivorstandsmitglied Janis Ehling bei der Tagung »Epochenbruch 1914 bis 1923. Krieg, Frieden, Soziale Revolution«. Die Tagung Ende Februar in Berlin wurde gemeinsam vom Partei-

die Namen der Stiftungen von LINKEN und SPD – Rosa Luxemburg und Friedrich Ebert –, zwei Personen mit enormer Wirkmächtigkeit, nicht nur zu Beginn des 20. Jahrhunderts.

»Wenn wir es schaffen, unbefangenen mit der Geschichte umzugehen, können wir aus der Geschichte lernen«, sagte der LINKEN-Vorsitzende Bernd Riexinger in seiner Begrüßung. Auf der Konferenz traten bei vier Themenblöcken insgesamt zehn Referenten und eine Referentin auf, darunter der sozialdemokratische Historiker Peter Brandt, Sohn von Willy Brandt und Mitglied der Historischen Kommission der SPD. Im November 1918 gelang es der Führung der Mehrheits-SPD, den Aufstand zu adoptieren, sagte Brandt. Das war nur möglich, weil die Masse der Arbeiter und Teile der USPD das mittru-



Für einen unbefangenen Umgang mit der Geschichte: Bernd Riexinger

Fotos: Martin Heinlein

sen und Thüringen ging sie in die Regierung. Von hier sollte die deutsche Oktoberrevolution ausgehen. Doch der sozialdemokratische Reichspräsident Friedrich Ebert schickte die Reichswehr und ließ den Aufstand niederschlagen, bevor er begann. Obwohl sich die KPD gegen weitere Aktionen entschied, kam es in Hamburg zum Aufstand – der schnell zusammenbrach. »Die Ereignisse in Deutschland im Oktober 1923 waren der bislang letzte Versuch einer Revolution in einem industrialisierten Land überhaupt«, so die Feststellung von Bernhard Bayerlein vom Institut für soziale Bewegungen der Ruhr-Universität Bochum.

Auch in Lateinamerika organisierten sich Anhänger der Sowjetbewegung. Dort gründeten sich nach 1917 fünf kommunistische Parteien. »Eine Führungsrolle hat die KP Argentiniens übernommen«, berichtete der Berliner Historiker Ronald Friedman. Sie baute Strukturen auf wie das La-Plata-Büro, das die Arbeit in den Ländern koordinierte. Nachdem die Kommunistische Internationale 1925 ein Sekretariat für Südamerika eingerichtet hatte, entwickelte sich allerdings ein Konkurrenzverhältnis zwischen ihrem Vertreter und der argentinischen KP. ◀

Die Beiträge der Konferenz finden Interessierte unter [www.die-linke.de](http://www.die-linke.de)



Engagierter Vortrag: Der sozialdemokratische Historiker Peter Brandt referierte über »Reform und Revolution 1917–1920«

vorstand und der Historischen Kommission der LINKEN veranstaltet. Es war die erste derartige Konferenz der LINKEN, eine vergleichbare Veranstaltung der PDS hatte zuletzt 1995 stattgefunden. Der Historischen Kommission gehören 28 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler an, die vom Parteivorstand berufen wurden.

Sichtbar sind die Folgen von 1917 bis heute, sagte Ehling, der bis vor kurzem Geschäftsführer der Studierendenorganisation Die Linke.SDS war. Daran erinnern unter anderem

gen. »Was die Bewegung an Radikalität gewann, büßte sie an Breite ein«, erklärte Brandt.

Der Epochenbruch 1914 bis 1923 begann mit dem Ersten Weltkrieg und endete mit dem Krisenjahr 1923, in dem Deutschland unter der Hyperinflation litt. Im August 1923 stufte die in Moskau ansässige kommunistische Internationale die Lage in Deutschland als revolutionäre Situation ein – eine fatale Fehleinschätzung. Die KPD begann mit Vorbereitungen für einen Aufstand. In Sach-

# Gratis: Wind & Sonne!

**Schwere Zeiten für Erneuerbare auf dem EU-Energiemarkt. Mit der aktuellen Politik ist es nicht möglich, die notwendige sozial-ökologische Wende zu erreichen** **VON MANUELA KROPP**

**E**nergie ist das Blut im Kreislauf der Wirtschaft – unverzichtbar. Für uns LINKE stellt sich die Frage, wie wir die Klimakrise verlangsamen und gleichzeitig den Bürgerinnen und Bürgern bezahlbare Energie anbieten können, ohne Schäden an Gesundheit und Umwelt hervorzurufen.

Wenn in Brüssel über den Ausbau der erneuerbaren Energien diskutiert wird, gilt Deutschland innerhalb der Europäischen Union als vorbildlich. Das ist erstaunlich. Denn tatsächlich betrug der Anteil der Erneuerbaren an der Stromversorgung in Deutschland im ganzen Jahr 2016 nur circa 33 Prozent. Betrachtet man Strom- und Wärmeerzeugung zusammen, sind es sogar nur 15 Prozent – das ist nicht besonders fortschrittlich. In anderen Staaten der EU ist die Lage ähnlich. Dort dominiert entweder Atomstrom wie in Frankreich oder wie in Polen Kohlestrom. Unter erneuerbaren Energien werden Formen der Strom- oder Wärmeerzeugung verstanden, die unerschöpflich sind oder sich schnell regenerieren. Dazu gehören Bio-, Sonnen- und Windenergie oder Wasserkraft.

Der Anteil der Erneuerbaren am Endenergieverbrauch lag im Jahr 2016 im europäischen Schnitt nach den Zahlen des Statistischen Amtes der EU bei 17 Prozent, Deutschland liegt also darunter. In Belgien betrug er 9 Prozent, in Frankreich 16 Prozent, in den Niederlanden sogar nur 6 Prozent. Überdurchschnittlich hoch liegt der Anteil der Erneuerbaren mit 32 Prozent in Dänemark. In Lettland beträgt er 37 Prozent.

Beim Abschluss des Pariser Klimaabkommens 2015 hat sich die Europäische Union verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2013 um mindestens 40 Prozent gegenüber dem Niveau von 1990 zu senken. Bis 2050 sollen die Treibhausgasemissionen sogar um 80 bis 95 Prozent zurückgehen. Doch es ist unwahrscheinlich, dass diese Ziele erreicht werden. Zwar sind die CO<sub>2</sub>-Emissionen im Jahr

2016 EU-weit leicht gesunken (um 4,5 Prozent) und bei der Stromherstellung (ohne Wärmeerzeugung) ist der Anteil der Erneuerbaren leicht gestiegen, und zwar von 29,2 auf 29,6 Prozent. Aber insgesamt hat sich der Trend beim Ausbau der Erneuerbaren verlangsamt.

Prognosen zeigen, dass deshalb EU-weit bis 2030 nur eine Reduktion der Treibhausgasemissionen von 27 bis 30 Prozent gelingen wird. Damit würde das in Paris formulierte 40 Prozent-Ziel verfehlt. So gelingt es nicht, die notwendige sozial-ökologische Transformation zu erreichen.

Ende November 2016 legte die Europäische Kommission ihre Vorschlä-

ge für die »Europäische Energieunion« vor. Auf vielen Gebieten wird es Änderungen geben, aber leider nicht zum Vorteil für die erneuerbaren Energien.

## Rückschritte

Da ist zum einen die Richtlinie zur Förderung der erneuerbaren Energien, die ab 2020 gelten wird. Die derzeit geltende europäische Richtlinie schreibt den Mitgliedstaaten national bindende Ausbauziele für die Erneuerbaren vor. Diese Ausbauziele wird es in der überarbeiteten Richtlinie leider nicht mehr geben – ein absoluter Rückschritt. Stattdessen wird nur ein gesamteuropäisches Ziel von 35 Prozent Erneuerbaren am Gesamtenergieverbrauch bis 2030 festgelegt.

Hinzu kommt: Das Ziel von 35 Prozent ist nicht ausreichend, um den Ausbau der Erneuerbaren zu beschleunigen. Vielmehr wird nur das aktuelle Ausbautempo gehalten. Wir bräuchten aber mindestens ein Ziel von 45 Prozent auf europäischer Ebene und zusätzlich national verbindliche Vorgaben, damit die Mitgliedstaaten sich daran halten.

Auch auf dem Gebiet des Einspeisevorrangs für erneuerbaren Strom gibt es einen Rückschritt: Ab 2020 wird die Garantie für erneuerbaren Strom, ins Netz eingespeist und vom Netzbetreiber bezahlt zu werden, eingeschränkt und nur noch für sehr kleine Anlagen gelten. Für die Bürgerenergie, also die in Energiegenossenschaften zusammengeschlossenen Verbraucherinnen und Verbraucher, soll es diese Garantie gar nicht mehr geben. DIE LINKE im Europaparlament setzt sich gemeinsam mit den Grünen dafür ein, dass Bürgerenergieprojekte weiterhin Einspeisevorrang genießen. Aber ob wir erfolgreich sein werden, wird sich erst in den nächsten Monaten herausstellen.

Dabei hat der Einspeisevorrang überhaupt erst zum Wachsen der er-

### Stromerzeugung in Deutschland: Anteil der Energieträger

#### Erneuerbare

**Wind onshore 13,3%** (87,2 TWh)

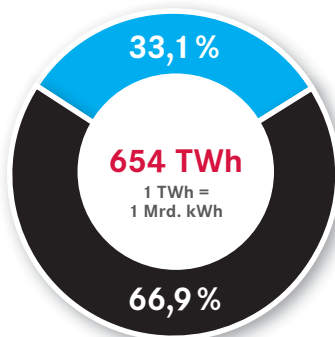
**Biomasse 7,0%** (45,5 TWh)

**Photovoltaik 6,1%** (39,8 TWh)

**Wasserkraft 3,0%** (19,7 TWh)

**Wind offshore 2,8%** (18,3 TWh)

**Hausmüll 0,9%** (6,0 TWh)



#### Konventionelle

**Braunkohle 22,6%** (148,0 TWh)

**Steinkohle 14,4%** (94,2 TWh)

**Erdgas 13,1%** (86,0 TWh)

**Kernenergie 11,6%** (75,9 TWh)

**Sonstige 5,2%**

Quelle: AGEB e.V.



Karikatur: Klaus Stüttmann

## GEDANKENSTRICH

neuerbaren Energien geführt. Denn die Investitionskosten, die am Anfang anfallen, müssen durch den Verkauf des ökologisch gewonnenen Stroms wieder eingenommen werden. Der »Platz« im Stromnetz ist aber begrenzt. So werden ohne Einspeisevorrang für Erneuerbare eher Kohle- und Atomstrom vom Netzbetreiber abgenommen, da sie durch ihre konstante und leicht vorhersagbare Stromerzeugung weniger Anforderungen an die Netzbetreiber stellen.

Die Argumentation der Konservativen und Liberalen im Europaparlament ist scheinheilig: Einerseits betonen sie, dass die Erneuerbaren nun »marktreif« sind und keinerlei Förderung wie den Einspeisevorrang mehr bräuchten. Andererseits befürworten sie neue und zusätzliche Subventionen für Kohle- und Atomstrom in Form von »Kapazitätsmechanismen«. Das sind Subventionen, die an Kraftwerksbetreiber für das schiere Vorhalten von Erzeugungskapazität gezahlt werden – für den Fall, dass es mal einen Engpass in der Versorgung gibt. Statt also den Ausbau der Erneuerbaren voranzutreiben, schützt und stützt man die alten, fossilen und nuklearen Technologien, die weder

Mensch noch Umwelt guttun. Wenn Mitgliedstaaten »Kapazitätsmechanismen« einführen wollen, dann sollten sie zumindest auf progressive Technologieformen zurückgreifen wie das Lastmanagement.

Damit können Angebot und Nachfrage nach Strom leichter und preiswerter in Einklang gebracht werden. Oder sie forcieren die Entwicklung von Stromspeichern, die überschüssigen Strom speichern und im Bedarfsfall wieder abgeben können.

## Subventionen

Alleine die fossilen Energieträger erhalten in der EU jährlich mehrere Milliarden Euro an Subventionen – im Verkehrssektor, für die Förderung von Öl und Gas, für den Bau von fossiler Energieinfrastruktur. Solange diese Subventionen für fossile Energieträger bestehen, solange sollten auch die Erneuerbaren durch Subventionen gestützt werden.

Bürgerenergie und ihr wichtiger Beitrag zur dezentralen Erzeugung von erneuerbarem Strom wird erfreulicherweise im Gesetzespaket der Energieunion anerkannt, aber das

reicht natürlich nicht aus. Unsere Forderung, sicherzustellen, dass in einem Bürgerenergieprojekt alle Mitglieder gleiche Stimmrechte haben, wird leider keine Mehrheit finden. Es besteht die Gefahr, dass sich Energieunternehmen in Bürgerenergieprojekte einkaufen und sie zerstören.

Was soll mit den Kohle-Regionen und ihren Beschäftigten passieren, wenn der von uns geforderte Kohleausstieg kommt? Diese Frage stellt sich nicht nur für die Lausitz oder das Rheinische Revier in Deutschland, sondern auch für Schlesien in Polen und in Nordspanien. Hier kämpfen wir derzeit für die Einrichtung eines Fonds auf europäischer Ebene, aus dem die notwendigen Maßnahmen zur Bewältigung des Strukturwandels bezahlt werden können. Denn die industriellen Kerne dürfen nicht verschwinden und die Regionen nicht ins Bodenlose stürzen: Dazu brauchen wir eine progressive Industriepolitik, die zum Beispiel den Ausbau der Erneuerbaren fördert – zur Schaffung von Arbeitsplätzen und zur Bewältigung der Klimakrise. ◀

Manuela Kropp ist Mitarbeiterin der Europaabgeordneten Cornelia Ernst



■ ■ **Bundesweit:** DIE LINKE ruft zur Teilnahme an den Ostermärschen auf. Die Friedensbewegung organisiert auch in diesem Jahr zwischen Gründonnerstag und Ostermontag im ganzen Bundesgebiet Demonstrationen und Kundgebungen. Im Mittelpunkt der Veranstaltungen zwischen dem 30. März und dem 2. April stehen die Kämpfe in Afrin und Syrien, die damit verbundenen deutschen Waffenexporte und die Erhöhung des Wehretats der NATO. Vielerorts ist DIE

LINKE an der Organisation beteiligt. In Chemnitz findet am 30. März um 10 Uhr eine Auftaktveranstaltung am Rathaus gegen Rassismus, Krieg, Auslandsentsätze und todbringende Waffenexporte statt. »Abrüsten statt Aufrüsten« ist die Forderung der Kundgebung am 31. März um 12 Uhr am U-Bahnhof Turmstraße in Berlin mit Dieter Dehm (MdB DIE LINKE). Am 1. April um 14 Uhr beginnt in Bonn die Demonstration »Für Frieden – ernsthaft und konsequent« am Rheinufer (am

Rondell, Bonn-Beuel). Am 2. April finden in Hamburg und Nürnberg Demonstrationen zur Abrüstungs- und Friedenspolitik statt. Weitere Termine und Orte unter: [www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2018](http://www.friedenskooperative.de/ostermarsch-2018)

■ ■ **Berlin:** Der Landesverband Berlin entwickelt ein Pilot-Projekt für ein Mentoring-Programm, das sich gezielt an Migrantinnen und Migranten richtet. Ziel ist die stärkere Verankerung von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der Partei sowie deren Qualifizierung für Ämter und Mandate.

■ ■ **Bundestagsfraktion:** Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat die Spitzen der Arbeitskreise

»Arbeit und Soziales« sowie »Wirtschaft und Finanzen« neu besetzt. Neue Leiterin »Arbeit und Soziales« ist Susanne Ferschl, »Wirtschaft und Finanzen« wird Fabio De Masi führen. Susanne Ferschl ist langjährige Betriebsrätin und Gewerkschafterin. Fabio De Masi war bis September 2017 Mitglied des Europäischen Parlaments. Dort war er stellvertretender Vorsitzender des Untersuchungsausschusses zu Geldwäsche, Steuerhinterziehung und -vermeidung. Die bisherigen Arbeitskreisleiter Sabine Zimmermann und Klaus Ernst sind nun Vorsitzende der Bundestagsausschüsse »Familie, Senioren, Frauen und Jugend« beziehungsweise »Wirtschaft und Energie«.

Anzeige

# Näher dran an linken Lösungen

Was Karl Marx und andere linke Vordenker\*innen hier und heute an Relevanz haben, loten wir täglich mit kritischer Sympathie neu aus. Lesen Sie mit!

**Das »nd«-Mini-Abo**

**2 Monate für 49 Euro**

Am besten gleich heute bestellen:

☎ (030) 29 78 18 00

[www.dasND.de/disput](http://www.dasND.de/disput)

inklusive »nd«-App

plus Buchprämie

GREGOR GYSI

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

nd



## Eine schallende Ohrfeige

■ ■ **Hamburg:** 1.127,85 Tonnen Munition wurden in den vergangenen drei Monaten durch den Hamburger Hafen exportiert, durchschnittlich zwölf Tonnen pro Tag. Das geht aus der Antwort des Senats auf eine Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft hervor. Im Jahr 2017 waren es insgesamt 9.165,74 Tonnen, das sind 25 Tonnen am Tag. »Jede Waffe und jede Patrone, die durch den Hamburger Hafen exportiert wird, ist eine zu viel«, erklärt Martin Dolzer, friedenspolitischer Sprecher der Fraktion. »Waffen- und Munitionstransporte tragen weltweit zu Menschenrechtsverletzungen und zum Tod unzähliger Menschen bei.« Der Rüstungskonzern Krauss Maffei exportiere seit Jahren Wannen für Leopard-Panzer, wie sie auch die türkische Armee nutzt, die gemeinsam mit IS-Milizen einen völkerrechtswidrigen Krieg gegen Kurdinnen und Kurden in Afrin führt. »Das Geschäft mit dem Tod muss endlich ein Ende haben!«, fordert er.

■ ■ **Mecklenburg-Vorpommern:** Der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern trauert um seinen langjährigen ehemaligen Landesgeschäftsführer Kay Kröger. Er ist am 28. Februar im Alter von 40 Jahren nach schwerer Krankheit gestorben. »Er war ein großer Mensch, der unglaublich viel Zeit und Kraft in diese Partei investiert hatte. Eine LINKE

**D**er Kaffee ist heiß, das Radio läuft: Musik, dann Nachrichten, ich höre: »Eine schallende Ohrfeige für die Ministerin ...«

Aua, aua – Frau Ministerin mit rot-glühenden Wangen, und das nicht zum ersten Mal. Backpfeifen für die Orgelpfeifen in der Regierung. Au Backe, möchte man sagen. Und es reicht ja auch keine einfache Ohrfeige – möglichst schallend muss sie sein. Schallend wie mein Gelächter, wenn ich höre oder lese, dass das Scheitern eines politischen Projektes, eine Niederlage vor Gericht, den Siegern immer fünf Finger im Gesicht des Besiegten wert sind. Fünf sind Trümpf – und mag der Sieg in einer noch so nichtigen Sache erfochten worden sein. Dabei sind rohe (Sprach-)Gewalt und Brutalität aus der Politik ja weitgehend verschwunden. Niemand sagt mehr Sätze wie: »Da möchte man dazwischenschießen!« Die Empörung wäre riesig, und das völlig zu Recht.

Eine »schallende Ohrfeige« hingegen geht erstaunlicher Weise immer. Als würde es den Tag gegen Gewalt gegen Frauen nicht geben, werden hier Maulschellen verteilt – links und rechts, von links und rechts – und mit Vorliebe an Frauen. Mit Vorliebe von Frauen. Aber auch Ohrfeigen für Institutionen sind möglich, dabei haben die oft nicht einmal ein Gesicht.

Apropos: Ähnlich ins Kontor gehauen wird bei der Formulierung: »Schlag ins Gesicht«. Mit Vorliebe im Zusammenhang mit Millionen Menschen (Beitragszahler werden gern genommen). Wer in der Masse keine Gesichter mehr erkennt, der verdient eine Ohrfeige, aber eine schallende, wenn möglich. Obwohl: Ohrfeigen sind kein sehr schlagendes Argument. Ein Schlag auf den Hinterkopf erhöht dafür das Denkvermögen. Vielleicht.

Daniel Bartsch

in Mecklenburg-Vorpommern ohne ihn – das war über 17 Jahre lang unvorstellbar. Nicht nur in seiner Zeit als Landesgeschäftsführer dieser Partei war er Antriebskraft in unzähligen Wahlkämpfen und zugleich das Hirn unserer Kampagnen zu jeder Tages- und Nachtzeit«, heißt es im Nachruf des Landesvorstands.

■ ■ **Brüssel:** Die Linksfraktion GUE/NGL im Europaparlament hat nur noch 51 Abgeordnete. Hintergrund ist eine Vereinbarung, die die Parteien der spanischen Wahlplattform Los Pueblos Deciden vor der Wahl 2014 getroffen hatten: Der Baske Iosu Jaaristi Abaunz von der Partei Euskal Herria Bildu (EH Bildu) und die Galizierin Ana Miranda von der Partei Bloque Nacionalista Galego (BNG) sollten sich das bei den Europawahlen errungene Mandat für die laufende EP-Wahlperiode (2014–2019) teilen. Ursprünglich für Ende 2016 vorgesehen, wurde der Wechselzeitpunkt um ein Jahr nach hinten verlegt. Jetzt hat Ana Miranda das Mandat am 1. März 2018 von Iosu Jaaristi übernommen. Miranda war bereits in der vergangenen Legislaturperiode Europaabgeordnete, damals bei der Fraktion der Grünen/EFA, der sie sich nun wieder anschloss. Damit fällt die Mitgliederzahl der EP-Linksfraktion auf 51, die der Grünen steigt auf 52. Die beiden tauschen somit die Plätze in der Reihenfolge nach Fraktionsstärke.

**DISPUT** sagt Danke für viele schöne Blablas, Daniel! Wir werden sie vermissen. Alles Gute für die kleine Familie!

# Berlinale: politisches Kino

Ob der Prozess gegen die brasilianische Präsidentin Rousseff, die Geschichte der Volksbühne oder die Not von Geflohenen – viele Beiträge spiegeln linke Debatten **VON KATRIN VOSS**

Die »Berliner Volksbühne«  
war ein Stück Ostidentität:  
Szene aus dem Film  
»Partisan«

Foto: 2018 solo:film gmbh/rbb

Frauen ab dem 35. Lebensjahr haben es schwer, auf die Leinwand zu kommen. Ab 50 sind sie in Hauptrollen eine Rarität. Die Berlinale, Deutschlands wichtigstes Filmfestival, hat sich in diesem Jahr erfreulicherweise gegen diesen Trend gestellt. Bei den Filmfestspielen im Februar in Berlin waren auffallend viele Filme mit Frauen als Protagonistinnen zu sehen. Filme, in denen Frauen nicht auf die vereinfachte Darstellung einer Mutterfigur oder der komischen Alten reduziert werden, sondern eine spannende Geschichte haben. Mit der hohen Anzahl von Beiträgen von Regisseurinnen und vielen Diskussionsrunden über Sexismus in der Filmbranche setzte die Berlinale ein Zeichen zur aktuell geführten Me-Too-Debatte.

Ohnehin ist die Berlinale ein politisches Filmfestival. Viele Beiträge sind die künstlerische Übersetzung linker Debatten. Seit 20 Jahren gibt es den Panorama Publikumspreis, bei dem Zuschauerinnen und Zuschauer Filme bewerten können. Die beste Publikumsbewertung erhielt in diesem Jahr der Dokumentarfilm **The Silence of Others**. Der Film setzt sich mit den Forderungen der Opfer des Franco-Regimes in Spanien von 1936 bis zu seinem Tod 1975 und darüber hinaus auseinander. Das 1977 erlassene Amnestiegesetz in Spanien verhinderte eine Strafverfolgung der Verantwortlichen und vereitelt bis heute eine Aufarbeitung

der Vergangenheit. Aber genau dafür setzen sich Opfer und Hinterbliebene ein. Sie müssen gegen massive Widerstände vorgehen. Besonders der Faktor Zeit spielt für die meisten Beteiligten eine Rolle. Die zeitliche Verzögerung und juristische Verhinderung werden zur wichtigsten Strategie auf Seiten der Täter.

Mit **Partisan**, dem zweiten Platz der Publikumsbewertung, ist eine umfassende Dokumentation der Geschichte der Berliner Volksbühne seit 1992 gelungen. Der Film ist viel mehr als eine Auseinandersetzung mit dem ehemaligen Intendanten Frank Castorf. Die Interviews mit den Mitgliedern des Ensembles und den Bühnen- und Kostümbildnern und die Blicke hinter die Kulissen zeichnen ein sehr komplexes Bild des Theaters. Der Film gewährt Einblicke in die gewaltige Kraft des kreativen Theaterprozesses, der von einer einzigartigen Identifikation aller daran Beteiligten getragen wurde. Wir werden Zeuge einer vergangenen Ära des Theaters und bedauern diesen Untergang.

## Zeitdokument

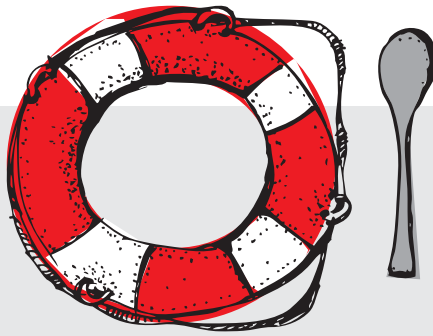
Als ebenso großes Schauspiel im Sinne eines Justizdramas lässt sich der Film **O processo** beschreiben, der dritte Platz der Publikumsbewertung. Der Film begleitet den Prozess gegen die ehemalige Präsidentin Brasiliens, Dilma Rousseff, und gewährt einen

tiefen Einblick in die Hintergründe. Zuschauende sind bei der Entwicklung der Strategien der Anklage und der Verteidigung dabei und verfolgen wichtige Prozesstage. Vor allem demaskiert der Film das als legitim deklarierte Verfahren als einen illegitimen Prozess. Er wird damit zu einem wichtigen Zeitdokument.

Auch politische Spielfilme zeichnete das Publikum aus. Mit **Profile** begeben wir uns in die digitale Welt, in der Frauen aus Europa durch IS-Kämpfer in Syrien angeworben werden. Eine Journalistin schlüpft in die Rolle einer jungen Konvertitin, samt Fake-Facebookprofil und lässt sich auf ihr neues Umfeld ein. Es dauert nicht lange, bis sich der smarte Islamkämpfer bei ihr meldet.

Wie das Segelboot der Protagonistin auf den Wellen des Ozeans beim Sturm schaukelt, so aufgewühlt werden auch die Emotionen der Zuschauerinnen und Zuschauer im Film **Styx**. Die Notärztin nimmt sich eine Auszeit, um allein in ihrem Segelboot die afrikanische Küste entlang zu fahren. Sie sucht eine paradiesische Insel und stößt mitten im Meer auf ein übervolles Flüchtlingsboot. Es scheint seit längerem manövrierfähig zu sein. Niemand ist bereit, zu helfen. Styx ist ein unglaublich starker Film, getragen durch die herausragende Darstellung des Charakters von Susanne Wolff. Der Film lädt zu einer moralischen Auseinandersetzung ein, die lange nachwirkt. ◀

**V**or 25 Jahren wurde von ehrbaren Leuten die »Berliner Tafel« gegründet. Die freiwilligen Helfer wollten nicht zusehen, wie in den Supermärkten täglich Nahrungsmittel, nahe am Verfallsdatum, »entsorgt« statt verteilt werden. Die Zahl der Bedürftigen steigt ständig. Die Mieten steigen. Die Hartz IV-Gesetze würgen. Die Renten waren eingefroren. Die Frauenlöhne sind ein Skandal. Die Migration drückt. Die Superreichen sind unersättlich und der Staat mästet sie. In Berlin gelten 15 Prozent der Einwohner als armutsgefährdet. Das betrifft jedes vierte Kind, jede zweite Single-Mutter und jeden zehnten Rentner. Doch die Kanzlerin prahlt: »Nie ging es uns so gut wie heute!« Aber wenn die ehrenamtliche Selbsthilfe die Ehre des »Sozialstaates« retten muss, dann ist das erbärmlich im reichsten Land Europas. In diesem Haifischbecken machen die Rechts-Populisten ihre Beute unter den Ärmsten. Die vielfarbigen Linken haben viele Chancen für eine Wende dieser unsozialen Politik vertan. Inzwischen gibt es bundesweit etwa 2.000 Ausgabestellen der Tafel mit 60.000 rührigen Helfern und anderthalb Millionen »Stammkunden« in allen Großstädten und zunehmend vielen Kleinstädten. Aber die Sicherung des Existenzminimums ist Auftrag der Politik und nicht der Tafeln.



Nun kam es bei der Essener Tafel zu einem Zwischenfall. Deren Leitung hatte Anfang Januar 2018 beschlossen, ihre Berechtigungsscheine zum Empfang der Lebensmittel nur noch an Bürger mit deutschem Pass auszugeben. Begründung: Der Anteil von Ausländern sei zu hoch geworden. Das gäbe Drängeleien in der Warteschlange. »Einige Männer haben sich rüpelhaft verhalten und zeigen mangelnden Respekt gegenüber Frauen. Wir wollen, dass auch die deutsche Oma zu uns kommt.« Der Bundesverband der Tafeln kritisierte den Beschluss: »Für Tafeln zählt die Bedürftigkeit und nicht die Herkunft.« Frau Merkel meinte, dass zeige den Druck, aber »man sollte bessere Lösungen finden als solche Kategorisierung.« Der CSU-Hauptling im Bundestag, Dobrindt, fand jedoch den Essener Beschluss richtig, »damit es nicht zu einer Verdrängung an der Tafel kommt.« Manche Essener fühlten sich aber an das III. Reich erinnert, als an Parkbänken und Ladentüren stand »Nicht für Juden!«. Aber der Haudrauf-Held von SAT 1 und Pro 7, Claus Strunz, fragte empört, ob denn Frau Merkel ihren Amtseid vergessen habe,

wo sie als deutsche Kanzlerin im deutschen Parlament geschworen habe, dem deutschen Volk zu dienen. Nun erweise sich »Mutti Merkel« aber als »ungerechte Stiefmutter für die Deutschen und als gütige Mamma für die Flüchtlinge.« Das Klang, als wollte der Mann Ehrenpräsident bei der AfD werden. Aber das brachte ihm umgehend im Internet 70.000 Zustimmungsgen ein. Da sage noch jemand, der Nazigeist sei 1945 verfliegen. Die Brände in Mölln und Marzahn haben zum Himmel gestunken. Die Fackeln der Reichsbürger und Pegida-Mitläufer riechen genauso. Der Bundesinnenminister musste feststellen, dass es 2017 insgesamt 2.219 Angriffe auf Flüchtlinge und deren Unterkünfte in Deutschland gab. Das sind sechs Fälle Tag für Tag! Aber das nährt die schwelende rassistische Stimmungsmache, die inzwischen »salonfähig«, ja sogar parlamentsfähig geworden ist. Und das in einer Welt, in der es 222 bewaffnete Konflikte und 20 regionale Kriege gibt. Die Brandbeschleuniger sind die Bedrohungsängste, der Rassenhass, eine religiöse Mission oder die historische Vergeltung. Die Global-Player wärmen sich die Hände an den verdoppelten Rüstungsetats. Und Deutschland ist immer mitten drin. Wer nicht zur Tafel muss, sondern zum Business-Dinner geht, sollte öfter über den Tellerrand hinausschauen!

Illustration: Ale Sund

JENS JANSEN

Hinter  
dem  
Tellerrand

# Auf dem Gipfel des Berges

Vor fünfzig Jahren, am 4. April 1968, wurde der schwarze US-Bürgerrechtler Martin Luther King in Memphis im US-Bundesstaat Tennessee ermordet **VON RONALD FRIEDMANN**

Am 2. Juli 1964, beinahe einhundert Jahre nach der offiziellen Aufhebung der Sklaverei in den USA, unterzeichnete der damalige US-Präsident Lyndon B. Johnson den Civil Rights Act. Das Bundesgesetz mit Verfassungsrang verbot diskriminierende Lese- und Schreibtests vor Wahlen für schwarze US-Amerikaner ebenso wie die Rassentrennung in öffentlichen Einrichtungen. Das US-Justizministerium wurde mit allen erforderlichen Vollmachten ausgestattet, dieses Gesetz notfalls auch gegen den Willen einzelner Bundesstaaten durchzusetzen. Zu den Ehrengästen der feierlichen Zeremonie im East Room des Weißen Hauses gehörte Martin Luther King, ein Baptistenprediger aus Atlanta im US-Bundesstaat Georgia, der zu dieser Zeit bereits der unbestrittene Führer der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung war.

Martin Luther King wurde am 15. Januar 1929 in der Familie eines Baptistenpredigers und Bürgerrechtlers geboren. Wie sein Vater schlug er nach dem Studium zunächst eine kirchliche Laufbahn ein, und wie sein Vater wurde er zu einem engagierten Verteidiger der Bürgerrechte, insbesondere schwarzer Menschen. Während seines Studiums hatte sich King nicht nur mit den Schriften von Plato, John Locke, Jean-Jacques Rousseau und Aristoteles befasst, sondern auch die Werke von Karl Marx studiert. Besonders eng fühlte er sich dem Wirken des großen indischen Patrioten Mahatma Gandhi verbunden, dessen Verbindung von konsequent gewaltlosem Widerstand und Sorge für den Nächsten für ihn selbst zur Maxime seines Lebens wurde.

Seinen Platz fand King, als er gemeinsam mit Rosa Parks im Verlaufe des Jahres 1956 den Busboykott von Montgomery organisierte: Die damals 42 Jahre alte Rosa Parks hatte sich geweigert, in einem städtischen Bus ihren Sitzplatz für einen Weißen freizumachen. Sie wurde festgenommen

und vor Gericht gestellt. Ein Jahr lang verweigerte die schwarze Bevölkerung Montgomery daraufhin die Benutzung der Busse – man ging zu Fuß, benutzte das Rad oder bildete Fahrgemeinschaften. Am 13. November 1956 erklärte der Oberste Gerichtshof der USA die Rassentrennung in den öffentlichen Verkehrsmitteln von Montgomery für verfassungswidrig.

Zwischen 1957 und 1968 hielt King mehr als 2.500 öffentliche Reden, die von mehr als sechs Millionen Menschen gehört wurden. Er klagte nicht nur die bestehenden Verhältnisse an. Er forderte immer wieder zu Aktionen des – unbedingt gewaltfreien – zivilen Ungehorsams auf und stellte sich immer wieder selbst an die Spitze solcher Aktionen.

Am 28. August 1963 hielt Martin Luther King auf einer Kundgebung vor dem Lincoln Memorial in Washington, dem Höhepunkt des »Marches nach Washington für Arbeit



**Gedenkstein für Martin Luther King vor dem Lincoln Memorial in Washington. Hier hielt er seine berühmte Rede: »I have a dream«** Foto: Thomas Herbell

und Freiheit«, vor mehr als 250.000 Menschen, unter ihnen etwa 60.000 Weiße, die berühmteste Rede seines Lebens: »I have a dream« – »Ich habe einen Traum«. Keine andere Rede des 20. Jahrhunderts hatte eine solche Bedeutung für die Entwicklungen ihrer Zeit.

1964 erhielt King im Alter von gerade 35 Jahren den Friedensnobelpreis. In der Begründung des Nobelpreiskomitees in Oslo hieß es, King sei der »erste Mensch in der westlichen Welt, der uns zeigte, dass ein Kampf auch ohne Gewalt geführt werden kann. Er war der erste, der in seinem Kampf die Botschaft von der brüderlichen Liebe Wirklichkeit werden ließ.«

Sehr früh rief das Wirken Martin Luther Kings das FBI, die US-amerikanische Bundespolizei, auf den Plan. Über Jahre hinweg wurde King rund um die Uhr überwacht. Seine Post wurde gelesen, seine Telefongespräche wurden abgehört. Immer wieder entsandte das FBI Provokateure, um den gewaltfreien Protest durch Akte der Gewalt zu diskreditieren.

Das FBI war auch zugegen, als Martin Luther King am 4. April 1968 auf dem Balkon seines Hotels in Memphis mit einem einzigen Schuss getötet wurde. Der von der Polizei präsentierte Schütze war ein Kleinkrimineller, der bis zu diesem Tag kein Gewaltverbrechen begangen hatte, so dass sofort Zweifel an seiner Alleintäterschaft auftauchten. Tatsächlich urteilte ein Gericht in Memphis im Jahre 1999, dass King das Opfer einer Verschwörung unter Beteiligung von US-Regierungsbehörden war. Doch dieses Urteil blieb ohne Folgen.

Martin Luther King hatte stets in dem Bewusstsein gelebt, dass sein Leben in ständiger Gefahr war. Doch er habe keine Angst vor dem Tod, hatte er nur Stunden vor dem Mordanschlag erklärt. Denn er habe durch die Gnade Gottes bereits auf dem Gipfel des Berges gestanden und das gelobte Land gesehen. ◀



Das verlorene Subproletariat in Plastiktütenfarben

Foto: IMDb

■ **The Florida Project**

Her mit dem schönen Leben, und zwar jetzt, schallt es vom Supermarkt-Parkplatz. Die sechsjährige Moonee hat eine sehr laute Stimme, wie sie da mit ihren Freundinnen und Freunden à la »Die kleinen Strolche« über das zugestrichelte Areal tobt.

Sie gehören zu jenen Entwurzelten, die am Stadtrand oder in Gewerbegebieten in Pensionen hausen. Für die Miete verticken Moonee und ihre bedröhtete Mutter Halley, gerade mal 22, Billigparfüm. Gute Geschäftsideen sehen anders aus. Gute Verkäuferinnen auch.

Regisseur Sean Baker leuchtet den »White Trash«, das verlorene weiße Subproletariat, im »Florida Project« plastiktütenfarben aus. Die wenigen Klamotten, die es in der Hitze braucht, sind knallig, wie auch die

missratenen Tattoos. Schule, Ausbildung, Studium, geregelte Arbeit – alles kein Thema. Alltag im »Magic Castle Motel«, nur ein paar Meter von Disneyworld entfernt.

Allem Unbill zum Trotz schlagen sich die große wie die kleine Protagonistin beachtlich. Moonee und Halley sind Punks, die Meinung anderer Leute geht ins Ohr der einen rein und zu dem der anderen wieder raus.

Die beiden sind Meisterinnen des rabiaten Nachbarschaftsstreits, sie haben eine richtig große Klappe, sie leben vom Klauen, von der Energie ihrer Aggressionen, von Rückschlägen. Alltag im Hinterhof von Disneyland. Bei allen Härten, die dieses Durcheinander enthält: Der Film ist auch ein hoffnungsfrohes Panorama, das von der überbordenden Energie seiner Darstellerinnen lebt.

→ Kinostart: 15. März 2018

■ **Der Tod Stalins**

»Death of Stalin« von Armando Iannucci dürfte einer der umstrittensten Filme des Jahres sein. Der Komödienregisseur – und mit ihm ein Produzententeam, das Filme wie »Ziemlich beste Freunde« verantwortet – rückt in dieser britisch-französischen Produktion den Ereignissen rund um den Tod des Staatschefs der Sowjetunion im Jahr 1953 mit einer Menge flauer Witze auf die Pelle.

Ein satirisch überzeichneter Parteisekretär Nikita Chruschtschow macht sich ebenso Hoffnung auf das Amt wie der brutale Geheimdienstchef Lawrenti Berija. Ein Kampf auf Leben und Tod beginnt. Viele Menschen werden im Gefängnis landen oder beim Erschießungskommando.

Diese Ereignisse wären ein sehr guter Stoff für einen guten Film gewesen; gern mit Rückblick auf den Zweiten Weltkrieg und die Wahrnehmung der Blockkonfrontation aus Sicht der Sowjetunion. Eine große Chance wurde vertan.

»Death of Stalin« ist ein bunter, ein opulenter Film, aber wegen seiner Albernheiten nur schwer erträglich. In Russland wurde die Lizenz zur Aufführung kurzerhand entzogen. Der Film verbreite Extremismus. Das dürfte dann auch wieder zu viel der Ehre sein. Fazit: Der kalte Krieg ist nicht zu Ende.

→ Kinostart: 29. März 2018



REVOLUTIONS-  
ROMANTIK  
TRIFFT AUF  
WIRKLICHKEIT

GELESEN VON  
INGRID FEIX

LESEECKE

Die Lesecke im Potsdamer Lothar Bisky-Haus ist eine bekannte und gut eingeführte Adresse, wenn es um Lesungen von bekannten und weniger bekannten Schriftstellerinnen und Schriftstellern, nicht nur aus Brandenburg, geht. Das Programm ist dicht gepackt. Hier eine Auswahl für die nächsten Wochen: Lieselotte Maria Schattenberger (»Tochter des Schmieds«) am 7. April, Bernd Brückner (»An Honeckers Seite: Der Leibwächter des Ersten Mannes«) am 26. Mai und Manuela Kuhlbrodt (»Todsicher. Die Spur des Rübchens?«) am 9. Juni. Die Lesungen beginnen immer um 15.00 Uhr, der Eintritt ist frei. Lothar-Bisky-Haus, 14469 Potsdam, Alleestraße 3

SORBISCH

Der Schutz der sorbischen Sprache und Kultur bleibt Thema: In Brandenburg soll es künftig in allen Landkreisen und der kreisfreien Stadt Cottbus/Chóšebuz je einen kommunalen hauptamtlichen Sorben-Beauftragten geben, den das Land finanziert. Dies sieht ein Gesetzesentwurf vor, den die Regierungsfraktionen SPD und LINKE Ende Februar vorgestellt haben. Diesem Beispiel sollte auch Sachsen folgen, fordert der sorbische Abgeordnete und Sprecher für nationale Minderheiten der Frak-

Der Berliner Autor, Journalist und taz-Redakteur Uwe Rada hat sich in seinen bisherigen publizistischen Arbeiten und Büchern mit der nicht nur geografischen Schnittstelle zwischen Ost und West beschäftigt. Mit einer schier unbändigen Neugier auf Lebensgeschichten und ihren Bezug auf gesellschaftliche Ereignisse hat sich der Westberliner immer wieder auch mit Polen beschäftigt. So wie in dem vorliegenden Debütroman.

Es ist das Jahr 1988. Noch am 1. Mai marschierte Jan mit seinen Kreuzberger WG-Kameraden im schwarzen Block gegen den Kapitalismus. Im Juni lernte er die Polin Wiola kennen, die als Doktorandin an der Westberliner FU zum polnischen Nationaldichter Adam Mickiewicz arbeitete, ein Dichter, der »die polnische Seele« wie kaum ein anderer verkörpert. Gemeinsam erkunden sie das Diesseits und Jenseits der Mauer und diskutieren über das Mögliche und Unmögliche dieser Zeit und ihrer Gemeinsamkeit. Er, der Revolutionsromantiker, sie die exzentrische Unnahbare. Gemeinsam fahren sie nach Krakau, in Wiolas Geburtsstadt. Durch sie lernt Jan ein Polen kennen, ein Nachbarland, von dem nicht nur in Kreuzberg kaum Notiz genommen wurde. Im polnischen Krakau holt ihn auch die deutsche, die eigene Familiengeschichte ein. Etwas erstaunt entdeckt er Gemeinsamkeiten, als er sich in der Stahlarbeiterstadt Nowa Huta den Demonstrierenden anschließt – diesmal nicht gegen den Kapitalismus, sondern gegen den sozialistischen Staat. Das war im November, da gingen Jan und Wiola schon wieder getrennte Wege. »1988« ist ein großartiger und ungewöhnlicher Liebesroman. Er liefert ein genaues und feinfühliges Zeitbild, das manche Erklärung für den Fortgang der Geschichte liefert, in der zwar die Mauer fällt, aber keine heile Welt entsteht.

Uwe Rada  
1988  
Roman  
edition.fotoTapeta  
256 Seiten, 18,50 Euro



tion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Heiko Kossel: »Während in Sachsen der hiesige Bericht zur Lage des sorbischen Volkes noch nicht einmal im Plenum behandelt und diskutiert wurde, zeigt die rote Landesregierung Brandenburgs, wie es besser gehen kann.«

MUSIKFESTIVAL

Die Landesregierung Sachsen-Anhalt will das Musikfestival »IMPULS für Neue Musik« noch in diesem Jahr sterben lassen. Im Haushaltsjahr 2018 soll dem Musikfestival mindestens ein Drittel der im Landeshaushalt geplanten Mittel gestrichen werden. Das will die Fraktion DIE LINKE im Magdeburger Landtag verhindern. »Das Festival »IMPULS«, so der kulturpolitische Sprecher der Fraktion Stefan Gebhardt, »fördert Nachwuchsmusiker, Dirigenten, Komponisten und Solisten in besonderer Form und eröffnet dem Musikland Sachsen-Anhalt neben der beeindruckenden Musiktradition eine zukunftsweisende Perspektive.« Geldmangel könne der Entscheidung der Regierung nicht zu Grunde liegen. Der Doppelhaushalt 2017/18 sieht keine Kürzungen im Bereich der Allgemeinen Musikförderung vor. Auch der deutliche Zuwachs der Besucherzahlen seit Beginn des Festivals im Jahr 2008 spräche für die Fortführung dieses erfolgreichen Formates.

**E**s war so erwartbar. Die Bundesregierung schlug als Antwort auf Luftverschmutzung vor, in einigen ausgewählten Städten testweise Busse und Bahnen gratis fahren zu lassen. Leider wurde der Vorschlag zurückgezogen. Doch an welche Städte hatten Barbara Hendricks (SPD), Christian Schmidt (CSU) und Peter Altmaier (CDU) gedacht? Ausschließlich an fünf Städte im Westen. Das ist einseitig – und es gibt keinen sachlichen Grund, nicht auch in einer ostdeutschen Stadt oder vielleicht sogar im ländlichen Raum den ticketlosen öffentlichen Personennahverkehr zu erproben.

Doch das »Vergessen« des Ostens hat System. Das zeigt sich auch im vorliegenden Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD für den Bund. Über die Gründe für das »Vergessen« will ich nicht spekulieren, aber es ist so: Niedrigere Löhne, schlechtere Renten, mehr Armut, weniger Industrie und Forschung, weniger Standorte von Bundesbehörden oder das Verdrängen der Lebensleistungen der Menschen. Damit muss Schluss sein! 28 Jahre nach der Vereinigung kann es nicht angehen, dass die sozialen und infrastrukturellen Unterschiede noch immer entlang der früheren innerdeutschen Grenze verlaufen.

Klar ist natürlich, dass es auch im Westen katastrophale Folgen von Deindustrialisierung, sozialer Spaltung und falscher Infrastruktur-, Industrie-, Arbeits-, Renten- und Sozialpolitik gibt. Auch dort zieht sich der Staat aus dem ländlichen Raum zurück. Ärzte, Pflege oder die Versorgung mit den Bedürfnissen des Alltags werden schwieriger erreichbar. Ordentliches Internet, gute Busanbindungen oder kurze Wege zur Verwaltung sind auch in vielen westdeutschen Regionen viel zu oft nur ein Wunschtraum. Soziale Spaltung und Ausbeutung gibt es im Kapitalismus natürlich überall, das ist keine Frage von Ost und West. Die Folgen des Kaputtsparens der Kommunen und die Investitionsbremse (»Schuldenbremse«) wirken in Ost und West gleichermaßen negativ. Unser Ziel muss sein, bundesweit gleich-

wertige Lebensverhältnisse zwischen Stadt und ländlichem Raum, zwischen verschiedenen Regionen herzustellen. Aber es gibt nun einmal darüber hinaus auch spezifische Faktoren und Regelungen, die die ostdeutschen Bundesländer und die Menschen hier seit bald 30 Jahren benachteiligen. Die PDS war nach 1990 die Stimme der Menschen im Osten. Symbolhaft stehen dafür zum Beispiel die Teilnahme von Gregor Gysi, Bodo Ramelow und anderen Genossinnen und Genossen an der Besetzung des Kali-Werks im nordthüringischen Bischofferode gegen den Kahlschlag der »Treuhand«. Der massenhafte Widerstand ist heute fast vergessen. Und doch prägen die realen Folgen der Politik unter Helmut Kohl bis heute ganze Regionen und Biographien über Generationen. DIE LINKE aus den fünf ostdeutschen Ländern hat am 17. Februar am Rande der Konferenz der Fraktionsvorsitzenden ihren »Aktionsplan Ost« vorgestellt. Das Ziel: Ein Zukunftsprojekt für ein modernes Ostdeutschland, konkrete Vorhaben für soziale Gerechtigkeit, bessere Lebensverhältnisse und mehr Mitbestimmung und Demokratie. Der Plan ist ein schlüssiger Vorschlag, um die Benachteiligung der Menschen in den neuen Bundesländern zu beenden und den Weg in eine moderne und soziale Gesellschaft einzuschlagen. Insbesondere in den Ländern mit linker Regierungsbeteiligung (Berlin, Brandenburg, Thüringen) werden wir Möglichkeiten für ein Zukunftsprojekt Ostdeutschland aufzeigen. Die große Koalition im Bund hat auf die spezifischen ostdeutschen Probleme keine Antwort. Wir müssen und wollen konkrete und glaubwürdige Angebote machen für zentrale Themen wie Arbeit, Rente, Regional- und Strukturpolitik, Demokratie und soziale Sicherheit: Wir brauchen eine Sozialstaatsgarantie und eine Renaissance der öffentlichen Daseinsvorsorge. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der niemand zurück gelassen wird. Den Aktionsplan gibt es unter: [www.die-linke-thl.de](http://www.die-linke-thl.de)

Susanne Hennig-Wellsow ist  
Vorsitzende der Linkspartei und der  
Linksfraktion in Thüringen



SUSANNE HENNIG-  
WELLSOW

## »Zukunftsprojekt Ostdeutschland«

Foto: DIE LINKE

„An die Absonderung des Mebls von der Hülse oder Kleie dachte man in der ersten Zeit nicht, Dann gemahlnes Getreide gesichtet durch *Handsieb*. Das zermalmte Getreide schon längst, so wie es zwischen den Mülsteinen herauskam, in einem besondern Kasten, der später sog. *Beutelkammer*, aufgefangen. Später die Siebe in jenem Kasten angebracht, und ihnen die Einrichtung gegeben, daß sie mit einer Kurbel bewegt werden konnten. So half man sich bis zu *Anfang des 16. Jb.*, wo in dem Deutschland das eigentliche *Beutelwerk*, bei welchem ein ausgespanntes Sieb in Gestalt eines Beutels durch die Mühle selbst geschüttelt wird, erfunden wird. Die Erfindung des *Beutelwerks* veranlaßte die Bereitung eines eignen Gewebes, des sog. *Beuteltuchs*, später fabrikmäßig betrieben.“ {Hier ein Beispiel, wie neue Teilung der Arbeit im Innern der Gesellschaft durch die Einführung und Verbefrungen von Maschinerie hervorgerufen [S. 114–116].} „*Rollbeutel* erfunden Ende des 18. Jh. von Oliver Evans zu Philadelphia ... *Windmühlen*. 10. oder 11. Jh. in Deutschland erfunden. Erst im 12. Jh. ernstlicher Gebrauch davon gemacht. Bis dahin Seltenheiten. Vom *16. Jb.* Holland das Land der *Windmühlen*. Von ihnen und Niederländern verbessert. In Holland hatte man sich früher der *Windflügel* mehr bedient zur Bewegung der *Schöpfmühlen*, womit man aus seichten Gründen Wasser wegschaffte.“ [S. 118/119, 130–134.]

„*Verbefrungen*: Die *Bremswerke*, um die Mühle plötzlich in ihrer Bewegung aufhalten zu können. Die *Bockmühlen*, sog. *teutsche Windmühlen*, bis zur Mitte des 16. Jh. die einzigen, die man kannte. Heftige Stürme konnten eine solche Mühle nebst Gestell über den Haufen werfen. In der *Mitte des 16. Jb.* fand ein Flandrer das Mittel, das Umwerfen unmöglich zu machen. Er machte nämlich die ganze Mühle nur im Dach beweglich, so daß, um die *Windflügel* nach dem Wind zu richten, nur das Dach umgedreht zu werden brauchte, indem das Gebäude selbst auf dem Boden festgebaut war. *Holländische Windmühlen*. In Deutschland und andern Ländern ahmte man ihren Bau erst *im 18. Jb.* nach, weil die *Bockmühlen viel weniger kostspielig*. Nicht bloß *von Holz*, in Gestalt eines abgekürzten Kegels, wurden die holländischen Mühlen in die Erde gebaut. Man versuchte es bald mit Glück, sie auf ein *steinernes* Gebäude zu legen, das oft eine turmförmige Gestalt bekam. Auf Rollen kann das Dach oder die Kappe der Mühle“ (ihre Beweglichkeit nötig, um sie stets nach dem Wind drehen zu können) ||1165| „entweder durch Hülfe eines Hebels, den man mit einer stehenden Winde schiebt, umgedreht werden, oder man schiebt durch Hebebäume eine Welle herum, die ein Getriebe hat, welches in den gezahnten Kranz des Daches eingreift. *Vervollkommnung für leichtre und vorteilhaftre Bewegung dieser Maschinerie* erst im 18. Jhd.“ [S. 135–137]

(Holland im 16. und 17. Jh. herrschendes Handels- und Kolonialvolk; dazu Korn eingeführt, großer Getreidehandel, Viehzucht im Innern statt des Ackerbaues, Wasserbauten, protestantische Religion, bürgerliche Entwicklung, Republikanische Freiheit.)

„Die gesamten Teile *aller Arten von Mühlen* immer vieler Verbefrungen fähig; *bis Ende des 17. Jb. hatte man sich wenig darum gekümmert*.

Unendlich gewannen die Mühlen *im 18. Jb.* teils durch *bessere Benutzung der bewegenden Kräfte*, teils durch *vorteilhaftere Einrichtung der inneren Teile*, z. B. des Mahl-, Beutel- und des gesamten Räderwerks. Man erfand *neue Arten der Mühlen*, neue Teile für Mühlen, und neue *Theorien* für die beste Einrichtung derselben. Oft die Theorie, wie im *ganzen Maschinenbauwesen*, in offenem Widerspruch mit der Erfahrung, unpraktisch, falsch. Die *gemeinen Handmühlen*, wie man sie vor mehreren Jahrhunderten hatte und auch jetzt oft noch an manchen größeren Höfen etc., gemeinlich mit einer Kurbel versehen, woran die menschliche Kraft wirkt. Zwei Personen können daran das Drehen verrichten. Nicht selten waren diese Mühlen auch so gebaut,

Karl Marx/Friedrich Engels

Werke (MEW), Band 44  
Zur Kritik der politischen  
Ökonomie

Herausgegeben von der  
Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Dietz Verlag Berlin, März 2018  
532 Seiten, 24,90 Euro  
ISBN 978-3-320-02336-2

MARX  
ENGELS  
WERKE

44